

Antrag : Gemeinsam für ein starkes Europa.

1 I. Einleitung

2 Wir blicken auf eine beeindruckende Erfolgsgeschichte in einem einst von Krieg
3 zerrütteten Europa zurück. Aus Feinden wurden Verbündete und Partner. Heute leben wir
4 in einer einzigartigen Gemeinschaft von fast 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern,
5 die in ihrer Vielfalt vereint sind. Die Europäische Union ist die Basis für
6 Sicherheit, Frieden und Wohlstand für die Menschen auf unserem Kontinent.

7 In einer aus den Angeln gehobenen Welt mit einem brutalen russischen Angriffskrieg
8 auf dem europäischen Kontinent ist dieser Zusammenschluss wichtiger denn je. Wer
9 Europa aufs Spiel setzt, wer Europas Einheit und Stärke angreift oder infrage stellt
10 – egal ob von innen oder außen – greift die Grundlagen unseres Zusammenlebens an. Ein
11 starkes Europa, das den Menschen Sicherheit gibt, steht deshalb im Zentrum unserer
12 Politik und unseres Handelns.

13 Es ist in unserem tiefsten nationalen Interesse, die Europäische Union
14 weiterzuentwickeln und nach unseren Vorstellungen mitzugestalten. Die SPD hat als
15 Kanzlerpartei in Deutschland eine große Gestaltungsmacht und damit eine besondere
16 Verantwortung für die Zukunft Europas. Diese Verantwortung nehmen wir auf allen
17 Ebenen an und gehen sorgsam und entschlossen mit ihr um.

18 Was Europa stark macht

19 Die Europäische Union hat sich in den Krisen der vergangenen Jahre bewährt.
20 Sozialdemokratische Krisenbewältigung hat Europa zusammengeführt, wo Konservative
21 zuvor gespalten haben. Während der Corona-Pandemie haben wir durch
22 grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den größten Wiederaufbaufonds in der
23 europäischen Geschichte bewiesen, wie Solidarität uns stark macht. Auf den russischen
24 Angriffskrieg haben wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern entschlossen
25 reagiert und die Ukraine politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt. An
26 diese entschlossene, gemeinsame europäische Politik wollen wir anknüpfen.

27 Europa ist stark, wenn Frieden herrscht und Menschen in Sicherheit zusammenleben
28 können. Wir übernehmen Verantwortung, damit kein Kind, das heute in der Europäischen
29 Union geboren wird, jemals Krieg erleben wird. Wir setzen dafür weiterhin und mit
30 allen diplomatischen Mitteln auf Versöhnung und Demokratie. Zugleich stärken wir
31 unsere Verteidigung und militärische Zusammenarbeit und arbeiten politisch konsequent
32 an einer Erweiterung Europas. Denn Kooperation und Zusammenarbeit sind die Grundlage
33 für Frieden innerhalb der Europäischen Union.

34 Europa ist stark, wenn seine Demokratie geachtet und geschützt wird. Die Europäische
35 Union muss wehrhaft sein und sich wirksame Instrumente gegen ihre Feinde von innen
36 und von außen geben. Deswegen wollen wir den Rechtsstaat stärken und unsere
37 Demokratie ausbauen.

38 Europa ist stark, wenn Klimaschutz gelingt und zum Jobmotor wird. Dafür muss in
39 Europa massiv in Zukunftstechnologien und Infrastruktur investiert werden und die
40 Industrie auf dem Weg in die Klimaneutralität unterstützt werden. So werden Millionen
41 Arbeitsplätze gesichert und viele neue entstehen. Ein starker europäischer
42 Binnenmarkt ist dabei das Rückgrat unseres Wohlstands und sorgt gerade in Deutschland

43 für enorme Vorteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn er gerecht
44 gestaltet wird.

45 Europa ist stark, wenn es dazu beiträgt, dass Menschen ein gutes, selbstbestimmtes
46 Leben führen können. Deswegen setzen wir auf soziale Gerechtigkeit, gerade in der
47 Transformation; auf die gerechte Verteilung von Kosten und Chancen in der Energie-
48 und Mobilitätswende. Europa wird nur erfolgreich sein, wenn auch Menschen mit
49 niedrigen Einkommen gut leben und vom Klimaschutz profitieren. Außerdem nutzen wir
50 die Potenziale der Digitalisierung für Fortschritt und Wohlstand und sorgen dafür,
51 dass Technologien und Entwicklungen in Europa weiter an den Bedürfnissen der Menschen
52 ausgerichtet werden.

53 Europa ist stark, wenn gute Arbeitsbedingungen herrschen und die Rechte von
54 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschützt sind. Niemand in Europa darf durch
55 seine Arbeit ausgebeutet werden. Lohn- und Sozialdumping gehören wirksamer
56 unterbunden.

57 Europa ist stark, wenn es in der Welt mit einer Stimme spricht. Wenn wir gemeinsam
58 handeln, können wir die Welt von morgen mitgestalten. Anderenfalls werden andere die
59 Spielregeln der Weltpolitik bestimmen. Die EU muss als souveräne geopolitische
60 Akteurin auftreten und wahrgenommen werden.

61 Europa ist stark, wenn die klügsten Köpfe und fleißigsten Hände hier ihre Heimat und
62 Zukunft sehen. Dafür braucht es eine ambitionierte Innovationsagenda sowie ein
63 modernes Einwanderungsrecht. Es braucht gemeinschaftliche Lösungen für Ordnung und
64 Humanität an den Außengrenzen.

65 Für dieses starke Europa arbeiten wir.

66 **Welche Prinzipien uns leiten**

67 Erfolgreiche Politik braucht einen Kompass, um den Fortschritt zu organisieren. Wir
68 richten unser Programm für ein starkes Europa deshalb an drei Prinzipien aus, die für
69 die SPD handlungsleitend sind:

- 70 • **Wir schaffen ein Europa der Zukunft.** Wenn wir unsere Ressourcen, den größten
71 Binnenmarkt der Welt und das Potenzial der Vielfalt der Menschen in Europa
72 bestmöglich nutzen, können wir aus dem notwendigen Wandel gesellschaftlichen
73 Fortschritt machen und dafür sorgen, dass alle profitieren. Wir treten an, um
74 gute Arbeit für alle zu schaffen. Wir wollen den Klimawandel bekämpfen und
75 gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa stärken. Gemeinsam
76 können wir in Europa dafür sorgen, dass wir im globalen Wettbewerb führend sind
77 und niemand Angst vor der Zukunft haben braucht.
- 78 • **Ein starkes Europa in der Welt** ist unsere Antwort auf die globalen
79 Herausforderungen, die sicherheitspolitischen Veränderungen und den Druck, dem
80 sich die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen.
81 Wenn wir mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und
82 Interessen in der Welt Gehör zu verschaffen. Wir wollen gemeinsam Europa zum
83 Partner erster Wahl machen, die regelbasierte Ordnung stärken und uns
84 international für Frieden und gegen Ungleichheit einsetzen.
- 85 • **Wir wollen ein Europa des Respekts.** Wir sind stolz darauf, dass Europa uns
86 vielfältige Möglichkeiten bietet, unser Leben so zu leben, wie wir es wollen.

87 Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, eine gerechte Verteilung von Wohlstand und
88 ein sicheres und gutes Leben, egal woher man kommt oder welchen Beruf man ausübt
89 oder wen man liebt. Dieses Prinzip werden wir gegen diejenigen verteidigen, die
90 es einschränken und abschaffen wollen. Respekt heißt auch, dass faire Regeln für
91 alle gelten. Europa muss gegen Einschränkungen von Rechtsstaat und
92 Gewaltenteilung wirksam vorgehen, denn das Programm der Populisten und
93 Europafeinde ist am Ende ein soziales und kulturelles Verarmungsprogramm für die
94 Bürgerinnen und Bürger.

95 **Worauf es bei der Europawahl 2024 ankommt**

96 Die Europäische Union sieht sich heute mit einer Reihe von Herausforderungen
97 konfrontiert, die darüber entscheiden werden, wie wir in Zukunft in Europa und in
98 Deutschland leben werden. Die Europawahl 2024 ist deshalb eine Richtungswahl, in der
99 die Menschen in Europa den weiteren Weg bestimmen. Wir wollen ein starkes Europa, das
100 unseren Frieden, unsere Freiheit und unseren Wohlstand auch in einer zunehmend
101 unsicheren Welt schützen kann. Rechten Populismus, der sich europaweit erneut
102 etabliert hat und überwunden geglaubte nationale Egoismen propagiert, die alle unsere
103 Errungenschaften in Europa gefährden, lehnen wir entschieden ab.

104 Deutschland braucht ein starkes Europa und Europa braucht ein starkes Deutschland.
105 Gemeinsam können wir Antworten auf aktuelle und künftige Krisen und Herausforderungen
106 geben, die auf der Höhe der Zeit sind und auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte
107 basieren. So stellen wir sicher, dass wir als Europäerinnen und Europäer gemeinsam
108 eine gute Zukunft haben. Gemeinsam können wir den gefährlichen Weg von
109 Rechtspopulisten und ihrer menschenfeindlichen Politik verhindern.

110 Dafür brauchen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deine Stimme.

Antrag : II. Ein Europa der Zukunft

1 Unser Europa der Zukunft ist klimaneutral und wirtschaftlich stark. Beides hängt für
2 uns eng miteinander zusammen. Der Klimaschutz muss gelingen, weil er die Grundlage
3 dafür ist, dass nachfolgende Generationen eine gute Lebensgrundlage haben. Ohne
4 Klimaschutz ist Europas Zukunft nicht denkbar.

5 Europa hat die besten Voraussetzungen, durch effektiven Klimaschutz den Wohlstand der
6 Zukunft zu schaffen. Dazu muss Europa Industriestandort bleiben. Wir wollen eine
7 aktive Industriepolitik, die massiv in klimaneutrale Zukunftstechnologien, in eine
8 sichere Energieversorgung, Infrastruktur und Innovation investiert. Der Ausbau
9 erneuerbarer Energien hat dabei absoluten Vorrang. Klimaschutz kann so zum Jobmotor
10 werden und die Grundlage legen für die nächste Dekade des wirtschaftlichen Wachstums
11 und Wohlstands. Europäische Programme und Initiativen sind dabei für uns in
12 Deutschland von entscheidender Bedeutung, denn nationale und europäische Klima- und
13 Wirtschaftspolitik muss Hand in Hand gehen.

14 Der europäische Binnenmarkt ist auch in Zukunft das Rückgrat der wirtschaftlichen
15 Entwicklung und muss weiter vertieft werden, denn Millionen Arbeitsplätze in
16 Deutschland sind eng mit einem starken Binnenmarkt verknüpft. Hier muss es gerecht
17 zugehen, und Investitionen müssen in nachhaltige Produktionsverfahren gelenkt werden.

18 Machtmissbrauch großer Unternehmen auf Kosten von Verbraucherinnen und Verbrauchern
19 sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder Selbstständigen werden wir verhindern.
20 Wir unterstützen die Wirtschaft nehmen aber auch die Wirtschaftsakteure in die
21 Pflicht, den nachhaltigen und gerechten Wohlstand von morgen zu schaffen. Die
22 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sind dabei von zentraler Bedeutung. Das
23 Europa der Zukunft ist auch ein Europa der Innovation und Kreativität, in welchem
24 sich neue Ideen entfalten. Dafür braucht es klare Regeln, die respektiert und
25 durchgesetzt werden sowie eine Innovationslandschaft, die das Ausprobieren von neuen
26 Methoden und Produkten besser ermöglicht.

27 Wir treten an, Antworten auf der Höhe der Zeit zu formulieren, die heute und morgen
28 ein Leben in Freiheit, Frieden und einer gerechten Gesellschaft sichern.

29 **1. Die Zukunft des europäischen Wirtschafts- und Industriestandorts**

30 Der Europäische Binnenmarkt bildet mit seinen Grundfreiheiten des freien Verkehrs von
31 Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital einen der größten Wirtschaftsräume der
32 Welt. Dieser gemeinsame Markt ist das Kernstück unserer europäischen Wirtschaftskraft
33 und der Motor für den Wohlstand in Europa. 30 Jahre nach der Geburt des gemeinsamen
34 Binnenmarktes erleben wir einen umfassenden Wandel unserer Wirtschaft und der Art,
35 wie wir leben und arbeiten. Im Zuge dieses Wandels gibt es einen globalen Wettlauf um
36 Ressourcen, Technologien und Standards. Wir wollen, dass Deutschland und Europa ein
37 attraktiver Wirtschafts- und Industriestandort bleiben, der Arbeitsplätze und den
38 Wohlstand von morgen sichert. Und wir wollen in Europa zeigen, dass Industrie,
39 Klimaschutz und sozialer Fortschritt zusammengebracht werden können. Deshalb brauchen
40 wir einen wirtschafts- und industriepolitischen Aufbruch in Europa. Wir wollen
41 Zukunftstechnologien „Made in Europe“.

42 **Weiterentwicklung der europäischen Industriestrategie**

43 Wir wollen die europäische Industriestrategie (Green Deal Industrial Plan) als Teil
44 einer umfassenden Standort- und Resilienzstrategie weiterentwickeln und strategisch
45 auf die Zukunft und die neuen Rahmenbedingungen im globalen Wettbewerb ausrichten.
46 Wir werden darauf achten, dass die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten weite Teile
47 der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und insbesondere Gewerkschaften in die
48 Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Industriepolitik einbeziehen. Wir
49 wollen starke Sozialpartnerschaften, faire Arbeitsbedingungen und hohe soziale
50 Standards in einem sozialen und ökologisch nachhaltigen Europa weiter stärken. Vor
51 allem Unternehmen, die von staatlichen Subventionen und Transformationsprogrammen
52 profitieren, stehen in der Verantwortung, langfristig gute Arbeitsplätze in
53 tariflicher Bindung in Europa zu bieten.

54 **Investitionen in Zukunftsindustrien**

55 Wir wollen die Industrie dabei unterstützen, den Wandel hin zu klimaneutralen und
56 kreislaufbasierten Verfahren zu vollziehen. Dabei stehen für uns sowohl die
57 Grundstoffindustrien im Fokus als auch Fertigungsbranchen wie zum Beispiel die
58 Leitbranche Automobilindustrie. Wir wollen diese Branchen in ihren
59 Innovationsanstrengungen unterstützen, von denen auch Innovationswirkungen in den
60 Rest der Wirtschaft ausgehen können. Insbesondere in Bereichen wie grüner
61 Wasserstoff, Batterietechnologie, Elektromobilität, Windkrafttechnologien und
62 Biotechnologie sehen wir große strategische Potenziale für den europäischen Markt.

63 Wir wollen sicherstellen, dass Produktionskapazitäten in solchen Schlüsselbereichen
64 der digitalen und der ökologischen Transformation ausgeweitet werden.

65 **Regulierung verbessern und Planungsprozesse beschleunigen**

66 Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik müssen wir die
67 Fähigkeit haben, strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, und
68 gleichzeitig Bürokratie – wo möglich – abbauen, um Planungsprozesse zu beschleunigen
69 und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Derzeit erfolgt die
70 Regulierung von europäischer Industriepolitik vor allem durch die Ad-hoc-Kontrolle
71 von nationaler Beihilfe und über eine Vielzahl von Plattformen und Gremien für
72 unterschiedliche europäische Programme. Dabei fehlen Daten, analytische Ressourcen
73 und gebündelte Kompetenzen auf EU-Ebene. Das wollen wir ändern und die Qualität von
74 EU-Regulierungen verbessern. Wir werden uns weiter dafür einsetzen,
75 Investitionshindernisse wie langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche
76 Beihilfeprüfungen zu vereinfachen. Dafür brauchen wir ein Update verschiedener
77 Regulierungen. Zum Teil sind hohe Schutzstandards nicht mehr gerechtfertigt, weil
78 über die Jahre schon eine Verbesserung eingetreten ist. Zum Teil blockieren sich
79 verschiedene Regulierungen gegenseitig. Hier wollen wir durchlüften, ohne
80 Schutzstandards abzusenken. Zusätzlich wollen wir Regionen unterstützen, die
81 vorangehen und Räume ausweisen, in denen mit verkürzten und verschlankten Planungs-
82 und Genehmigungsverfahren vernetzte klimaneutrale Industriestandorte mit guten
83 Arbeitsplätzen entstehen. Dafür wollen wir die Konzepte der sogenannten Go-to-Areas,
84 die wir bei der Windenergie schon erfolgreich umgesetzt haben, auf weitere Vorhaben
85 ausdehnen. Wir wollen mehr Kohärenz beim Produkt- und Rohstoffrecht herstellen sowie
86 Doppelregulierung verhindern. Bürokratieabbau darf nicht zu niedrigeren Sozial-,
87 Umwelt- oder Sicherheitsstandards führen. Wir wollen, dass bei der öffentlichen
88 Vergabe von Aufträgen ein großer Anteil der Produkte aus Europa kommt, auch um den CO
89 2-Abdruck der EU zu verkleinern.

90 **Binnenmarkt vor unfairen Wettbewerb schützen**

91 Wir brauchen eine Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts,
92 das nicht nur den innereuropäischen Wettbewerb, sondern verstärkt auch die globale
93 Wettbewerbsposition europäischer Unternehmen in den Blick nehmen muss. Gleichzeitig
94 sind wir davon überzeugt, dass schon die Ansammlung von Marktmacht in der Hand eines
95 Unternehmens funktionsfähige Märkte zerstört, und nicht erst der Missbrauch dieser
96 Marktmacht. Wettbewerbspolitik muss daher Marktmacht begrenzen mit den Instrumenten
97 des Kartellrechts und der Fusionskontrolle. Europäische Wettbewerbspolitik spielt
98 zudem eine entscheidende Rolle bei der Begrenzung von Inflation, indem sie
99 Preissteigerungen, die sich nicht aus den konkreten Marktbedingungen von Angebot und
100 Nachfrage ergeben (Greedflation), verfolgt. Die entsprechende Reform des deutschen
101 Wettbewerbsrechts, die von der Bundesregierung auf den Weg gebracht wurde, ist ein
102 wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

103 **Fachkräfte für Europa**

104 Um unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, brauchen wir ausreichend viele
105 Arbeitskräfte auf allen Qualifikationsebenen. Hierzu zählen insbesondere gut
106 ausgebildete Fachkräfte. Der demografische Wandel wird den bereits bestehenden
107 Fachkräftemangel in den kommenden Jahren weiter anfachen. Wir müssen deshalb das
108 Potenzial inländischer Fachkräfte besser nutzen und in Weiterbildung investieren.

109 Gleichzeitig sind wir auf die Zuwanderung nicht-europäischer Fachkräfte angewiesen.
110 Die Bundesregierung hat in Deutschland u. a. mit dem Chancenaufenthaltsgesetz, dem
111 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts einen
112 lange überfälligen Paradigmenwechsel hin zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft
113 vollzogen. Wir wollen und müssen in Europa gemeinsam Fachkräfte gezielt anwerben.
114 Dafür braucht es ein verbessertes EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht. Dabei muss auch
115 die Versorgung mit Wohnraum bedacht und nicht nur den Arbeitskräften, sondern auch
116 ihren Familien, Maßnahmen der Integration und eine gute Perspektive angeboten werden.
117 Es muss sichergestellt sein, dass Zugewanderte in gute und qualifikationsgerechte
118 Arbeit vermittelt und nicht ausgebeutet werden.

119 **Innovationen stärker fördern**

120 Wir wollen das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft und Wirtschaft bestmöglich
121 nutzen, um den Wandel aktiv mitzugestalten. Unser Ziel ist eine europäisch geeinte
122 Wissens- und Forschungslandschaft mit einem dichten Netz an Kooperationen,
123 gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten großen Zukunftsprojekten in Bereichen
124 wie etwa Clean Tech, Quantencomputing oder Künstliche Intelligenz. Wir setzen uns
125 dafür ein, dass die EU-Initiative IPCEI zur Förderung und Neuansiedlung strategisch
126 wichtiger Unternehmen auf mehr Branchen ausgeweitet und für den Mittelstand geöffnet
127 wird sowie die Antragsbearbeitung erheblich beschleunigt wird. Wir wollen Open Source
128 und Open Science fördern und so nachhaltige und faire Nutzungsvereinbarungen
129 unterstützen und sicherstellen, dass öffentlich finanzierte Forschung auch der
130 Allgemeinheit frei zur Verfügung steht. All dies ist Kernbestandteil der
131 wissenschaftlichen Souveränität in einem Europa der Forschung und der Innovation.

132 **Ressourcen schonen in einer europäischen Kreislaufwirtschaft**

133 Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaft brauchen wir ausreichend
134 Ressourcen, die länger und effizienter genutzt werden. Wir benötigen deshalb eine
135 koordinierte Rohstoff-Strategie der EU, die auf die Diversifizierung von
136 Rohstoffquellen, effizienteren Materialeinsatz, besseres Recycling und verstärkte
137 innereuropäische Beschaffung zielt sowie die gemeinsame Forschung zu nachhaltigen
138 Alternativen zu knappen Rohstoffen vorantreibt.
139 Oberstes Ziel der EU-Ressourcenpolitik muss die Umsetzung der EU-Abfallhierarchie
140 sein, bei der Materialverbrauch zunächst vermieden und reduziert wird. Mit dem Aufbau
141 einer europäischen Kreislaufwirtschaft im industriellen Maßstab können wir die
142 Effizienz in der Produktion weiter optimieren, den CO₂-Fußabdruck senken und uns
143 unabhängiger vom Import machen. Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher das
144 Recht bekommen, ihre Produkte auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist und bei einem
145 nach dem Warenkauf entstandenen Mangel kostengünstig reparieren zu lassen. Wir werden
146 unnötige Wegwerf-Verpackungen abschaffen und Hersteller in die Pflicht nehmen,
147 Einweg-Verpackungen zu reduzieren und die Wiederverwendung auszubauen. Wir wollen die
148 Textilindustrie nachhaltig reformieren und mit der Fast Fashion Schluss machen.
149 Textilien sollen länger haltbar, reparierbar und recyclingfähig sein und unter
150 menschenwürdigen Bedingungen produziert werden. Hersteller und Händler dürfen
151 unverkaufte Ware nicht länger einfach vernichten. Wir wollen Schrott-Exporte
152 reduzieren und gleichzeitig auch in Ländern des Globalen Südens Betriebe der
153 Kreislaufwirtschaft fördern. Dort, wo Emissionen sehr schwer vermeidbar sind – wie
154 etwa in der Müllverbrennung, Zement- oder Teilen der Chemieindustrie –, wollen wir

155 Kohlendioxid im Sinne des Kreislaufwirtschaftens abscheiden, wiederverwenden oder
156 ggf. speichern (Carbon Capture, Usage und Storage). Dafür braucht es europaweit
157 einheitliche Regelungen und eine gemeinsame Infrastruktur.

158 **Verlässliche Rahmenbedingungen für eine starke Gesundheitswirtschaft und** 159 **Pharmaindustrie**

160 Um die bestmögliche Versorgung von Patientinnen und Patienten in Europa
161 sicherzustellen, brauchen wir eine patientenorientierte Gesundheitswirtschaft,
162 inklusive einer starken pharmazeutischen Industrie. Wir wollen verlässliche
163 Rahmenbedingungen für den Forschungs-, Produktions- und Innovationsstandort Europa
164 und mehr Anwendungsorientierung. Europa muss attraktiv für die Durchführung
165 medizinischer Studien werden. Wir wollen im Bereich Forschungsförderung,
166 Genehmigungsverfahren und Datennutzung enger zusammenarbeiten sowie im europäischen
167 Vergleich die besten Verfahren finden und als Grundlage der Harmonisierung nutzen.
168 Damit schaffen wir es, Studienzulassungs- und Umsetzungsverfahren zu beschleunigen
169 sowie den bürokratischen Aufwand erheblich zu reduzieren. Essenzielle Grundlage
170 jeglicher Innovationsaktivitäten ist ein ausreichender Patentschutz. Wir werden uns
171 deshalb dafür einsetzen, dass sich Innovation und Forschung in Deutschland und Europa
172 weiter lohnen. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass sich der Zugang von
173 Patientinnen und Patienten zu lebensrettenden Medikamenten verbessert. Außerdem
174 unterstützen wir nationale und europäische Investitionsbezuschussungen für
175 Produktionsstätten und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

176 **2. Erneuerbare, bezahlbare und sichere Energieversorgung**

177 Europas Energieversorgung der Zukunft muss erneuerbar, bezahlbar und sicher sein. Wir
178 alle haben zu spüren bekommen, was passiert, wenn unsere Energieversorgung zu einem
179 großen Teil abhängig ist von Machthabern wie Wladimir Putin. Energiepreise sind in
180 die Höhe geschossen und wir wurden erpressbar. Die Energiepreiskrise in Folge des
181 russischen Angriffskriegs auf die Ukraine war eine Krise der fossilen Energieträger.
182 Durch einen gemeinsamen Kraftakt haben wir es geschafft, kurzfristig unsere
183 Abhängigkeit von Russland zu verringern. So etwas darf uns nicht noch mal passieren.
184 Wir müssen die Vielfältigkeit des europäischen Kontinents und unterschiedliche
185 Standortvorteile ausnutzen, um nachhaltige Energiequellen wie die Sonne oder den Wind
186 möglichst effizient nutzen zu können, und in einer europäischen Energieunion
187 gemeinsam unsere Energieversorgung sicherstellen.

188 **Vollendung der europäischen Energieunion**

189 Aus verbundenen nationalen Energienetzen muss ein europäisches Netz werden. Wir
190 müssen gemeinsam verstärkt in den Ausbau von erneuerbaren Energien,
191 grenzüberschreitenden Wasserstoffpipelines und Stromleitungen sowie in Elektrolyseure
192 und Hafeninfrasturktur investieren. Wir brauchen einheitliche und kohärente
193 Regulierungs- und Förderrahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Planung
194 und Genehmigung der Anlagen und Infrastrukturen für das klimaneutrale Zeitalter so
195 einfach und unbürokratisch wie möglich werden. Dabei treiben wir auch den Aufbau
196 eines europäischen Markts für grünen Wasserstoff voran. Die Nutzung von Kraft- und
197 Brennstoffen, die aus Nahrungs- oder Futtermitteln hergestellt werden, oder den CO2-
198 Speicher Wald schwächen, lehnen wir ab. Wir konnten im Rahmen des Green Deals
199 erstmals durchsetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten die CO2-Speicherkapazitäten von
200 Mooren, Wäldern und Wiesen steigern müssen. Bei der Bewertung der Nationalen Energie-

201 und Klimapläne werden wir darauf achten, dass die Pläne der Mitgliedsstaaten zur
202 Nutzung von Bioenergie dem nicht zuwiderlaufen. Gleichzeitig wollen wir, dass die
203 Verwertung von Siedlungs- und landwirtschaftlichen Abfällen zur Produktion von
204 Biogas möglich bleibt. Uns ist wichtig, dass die europäische Energieunion sich
205 nicht nur auf die EU27 konzentriert, sondern auch für Mitglieder des Europäischen
206 Wirtschaftsraums und die Beitrittskandidaten der EU offensteht. Diese Vollendung der
207 Energieunion ist die Basis für die Modernisierung unserer Wirtschaft, Industrie und
208 Gesellschaft.

209 **Sichere internationale Energiebeziehungen**

210 Europa wird Importeur von Energie bleiben, doch es darf keine einseitigen
211 Abhängigkeiten mehr geben. Wir fordern deshalb eine Strategie zur Diversifizierung
212 der globalen Energiebeziehungen der Europäischen Union. Wir wollen den Ausbau von
213 erneuerbaren Energien in den Partnerländern unterstützen und einen weltweiten Handel
214 mit Wasserstoff etablieren.

215 **Verlässliche und bezahlbare Preise für Energie**

216 Die beträchtlichen Schwankungen der Energiepreise haben Haushalte und Betriebe in der
217 EU hart getroffen. Wir wollen aus diesem Grund eine tiefgreifende, strukturelle
218 Reform des EU-Strommarktdesigns, um eine bessere Integration von erneuerbaren
219 Energien in den Strommarkt sicherzustellen. Die Preisbildungsmechanismen sollen für
220 Strom überprüft und auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden, um Preis- und
221 Einspeiseschwankungen zu begrenzen. Strom muss dauerhaft günstig werden. Zudem müssen
222 ungerechtfertigte Gewinne wirksam vermieden und in Ausnahmefällen abgeschöpft werden.
223 Kostenvorteile erneuerbarer Energien sollen an alle Energieverbraucherinnen- und -
224 verbrauchergruppen weitergegeben werden. Darüber hinaus weiten wir den
225 Instrumentenkasten aus, der zur Erneuerung von Produktionsanlagen beiträgt, wie etwa
226 europäische Klimaschutzverträge und Carbon Contracts for Difference. Wir lehnen die
227 Förderung der Atomenergie durch EU-Mittel ab. Es sollen keine Steuergelder in die
228 teure und unzuverlässige Hochrisikotechnologie Kernenergie fließen. Die Zukunft
229 gehört den Erneuerbaren, die schon heute unsere günstigsten Energiequellen sind.

230 **Energieeffizientes Wohnen**

231 Wir unterstützen ausdrücklich die in der letzten europäischen Legislaturperiode
232 begonnenen Initiativen, den Gebäudebestand in Europa fit für die Klimaziele 2030 bzw.
233 2045 zu machen. Energieeffiziente Wohngebäude sind gut für den Schutz des Klimas
234 ebenso wie zur mittel- und langfristigen Senkung der Wohn- und Mietnebenkosten für
235 alle Bürgerinnen und Bürger. Der Beurteilungsmaßstab für die Klimabilanz sollte
236 jedoch immer das ganze Quartier oder die Gemeinde sein und nicht das einzelne
237 Gebäude. Gleichzeitig lehnen wir jegliche Form von individuellen Sanierungspflichten
238 für die Bürgerinnen und Bürger ab. Die Mitgliedsstaaten, die Kommunen und große
239 Immobilienunternehmen sollten hier voranschreiten. Besitzerinnen und Besitzer sowie
240 Vermieterinnen und Vermieter von Einfamilienhäusern oder Wohnungen müssen dabei
241 unterstützt werden, den Weg bis 2050 selbstbestimmt und souverän zu gehen.

242 **3. Sozialer Klima- und Umweltschutz**

243 Der Klimawandel bedroht uns in unserer menschlichen Existenz. Schnelles Handeln ist
244 erforderlich. Die Europäische Union muss bis 2050 klimaneutral sein. Deutschland
245 leistet dafür mit seinem Klimaneutralitätsziel 2045 einen wichtigen Beitrag. Damit

246 die EU bis spätestens 2050 klimaneutral wird, unterstützen wir ein ambitioniertes
247 wissenschaftsbasiertes Treibhausgas-Reduktionsziel für 2040. Für die Europäische
248 Union als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ist das eine große Herausforderung,
249 aber auch eine wirtschaftliche Chance. Wir sorgen dafür, dass sich alle den Wandel
250 zur Klimaneutralität leisten und daran teilhaben können. Wenn Arbeitsplätze gesichert
251 werden und der Staat in klimaneutrale Infrastruktur investiert, von der alle
252 profitieren, dann hat Klimapolitik eine breite Akzeptanz. Die Umsetzung des Green
253 Deals wird Energie günstiger und uns unabhängiger von fossilen Energie- und
254 Rohstoffimporten machen. Die Energiewende ist eine gemeinsame europäische technische,
255 aber auch soziale Aufgabe. Gemeinsam zeigen wir, dass konsequente Politik für
256 Klimaschutz mit sozialer Sicherheit und gerechten Chancen Hand in Hand geht.

257 **Sozialer Green Deal**

258 Wir sind die Garanten dafür, dass der grüne Wandel in Europa gerecht abläuft und
259 sozial gestaltet wird. Mit einer nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftspolitik, die
260 die Modernisierung der gesamten Wertschöpfungsketten in Europa in den Blick nimmt,
261 werden Arbeitsplätze gesichert und sozialer Wohlstand geschaffen. Ein starker
262 Sozialstaat und aktive Sozialpolitik mit starken nationalen sozialen
263 Sicherungssystemen sorgen dafür, dass keiner im Wandel zurückbleibt und jeder vom
264 Fortschritt profitiert. Dies soll unter anderem durch europäische und nationale
265 Sozialdialoge unter Beteiligung der Gewerkschaften unterstützt und flankiert werden.
266 Außerdem müssen die Gesetze zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz weiter an
267 neue Klimarisiken angepasst und ein Recht auf Umschulung und Weiterbildung etabliert
268 werden. Wir wollen europäisch wie national die in Porto vereinbarten Ziele erreichen
269 und bis 2030 sicherstellen, dass mindestens 60 Prozent der Beschäftigten einmal pro
270 Jahr an einer Weiterbildung teilnehmen. Wir wollen darüber hinaus einen
271 feministischen Green Deal, in dem alle Vorhaben zur Bekämpfung der Klima-, Arten- und
272 Verschmutzungskrise auf ihre geschlechterspezifischen Auswirkungen auf Frauen
273 überprüft werden. Mit Instrumenten wie dem Just Transition Fund und dem Social
274 Climate Fund sowie der Renovation Wave und der guten Umsetzung der europäischen
275 Struktur- und Investitionsfonds wollen wir sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und
276 Bürger von einer grünen und nachhaltigen Zukunft profitieren. Wir werden diese Mittel
277 zum Beispiel für energetische Sanierungen, den Ausbau von Ladeinfrastruktur für
278 Elektromobilität und von öffentlichen Verkehrsmitteln in unterversorgten Gebieten
279 nutzen.

280 **Europäisches Emissionshandelssystem stärken**

281 Wir wollen, dass die größten Verursacher von Emissionen für die Folgekosten des
282 Klimawandels aufkommen. Deshalb werden wir das Europäische Emissionshandelssystem als
283 einen der größten Hebel zur Senkung der EU-Emissionen weiter stärken. Der Europäische
284 Emissionshandel II für Gebäude und Verkehr ab 2027 muss so weiterentwickelt werden,
285 dass CO₂-Preise besser berechenbar sind und die Risiken mit Investitionen in
286 zukunftsfähigen Technologien somit reduziert werden.

287 **Multilaterales Engagement für weltweite Klimaneutralität**

288 Um unumkehrbare Veränderungen im Klimasystem zu verhindern, wie zum Beispiel das
289 Versiegen des Golfstroms, müssen wir weltweit bis spätestens 2050 CO₂-neutral
290 wirtschaften und leben sowie die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern
291 einstellen. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern in

292 multilateralen Foren wie dem UNFCCC weiterhin für einen ökologischen Umbau der
293 Weltwirtschaft ein. Die Empfehlungen des UN-Weltklimarats (IPCC) sind dafür zentraler
294 Maßstab. Neue Supermächte wie China, Indien und Brasilien werden eine größere
295 Verantwortung in der Weltgemeinschaft zum Schutz des Klimas übernehmen müssen. Wir
296 möchten mehr Länder motivieren, in den von Kanzler Olaf Scholz initiierten Klimaclub
297 einzutreten, der mittlerweile auf 36 Staaten angewachsen ist, damit ein ehrgeiziger
298 multilateraler Rahmen für eine schnelle Dekarbonisierung des Industriesektors
299 geschaffen werden kann.

300 **Internationale Klimafinanzierung aufstocken**

301 Die Klimakrise ist auch eine Krise der internationalen Gerechtigkeit. Während sie
302 insbesondere von den reichen Ländern verursacht wurde, ist sie besonders in den
303 ärmeren Ländern zu spüren. Wir werden deshalb die internationale Klimafinanzierung
304 aufstocken und uns für die Schaffung einer internationalen Transformationsbank
305 einsetzen. Wir unterstützen die Bereitstellung finanzieller Hilfen bei klimabedingten
306 Schäden und Verlusten der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Staaten im
307 Rahmen der UN-Klimakonvention. Wir möchten bilaterale Klimapartnerschaften auf
308 europäischer Ebene besser koordinieren und neue Klimapartnerschaften initiieren und
309 umsetzen. Die EU muss weiterhin als Klimavorreiterin und Brückenbauerin auf den
310 internationalen Klimakonferenzen auftreten. Dafür ist auch die Aufwertung und
311 personelle wie finanzielle Stärkung der Klimaaußenpolitik im Europäischen Auswärtigen
312 Dienst und in den Vertretungen der EU weltweit notwendig.

313 **Die Natur konsequent schützen**

314 Die Klimakrise ist eng verknüpft mit der Krise der Artenvielfalt, die uns ebenso vor
315 existenzielle Bedrohungen stellt. Die Übernutzung und Verschmutzung von Land und Meer
316 sowie invasive gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten haben zu einer starken
317 Verschlechterung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme beigetragen. Wir werden
318 deshalb die nötigen Maßnahmen treffen, um das Biodiversitätsabkommen von Montreal und
319 die EU-Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Wir streben eine nachhaltige Land- und
320 Forstwirtschaft und wollen 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche der EU unter
321 Schutz stellen. Hierbei werden wir die Flexibilität erhalten und sichern, die für den
322 Ausbau der erneuerbaren Energien und der Produktion der dafür nötigen Anlagen ebenso
323 wie der Netzinfrastruktur benötigt werden. Wir wollen eine giftfreie Umwelt und
324 werden deshalb die EU-Chemikalienpolitik so überarbeiten, dass auch potenziell
325 schädliche Stoffe schneller eingeschränkt oder verboten werden und nicht in andere
326 Teile der Welt exportiert werden dürfen. Wir werden Maßnahmen zum Schutz der Natur
327 weiter konsequent vorantreiben und fordern eine Null-Toleranz-Politik durch die
328 Kommission, wenn EU-Richtlinien und -Verordnungen nicht eingehalten werden.
329 Vertragsverletzungsverfahren aufgrund mangelnder Umsetzung von EU-Naturschutz müssen
330 konsequent eingeleitet werden.

331 **Investitionen in die Wiederherstellung von Natur**

332 Nur das schützen, was noch gesund ist, reicht nicht mehr. Der Zustand unserer
333 natürlichen Lebensgrundlage verschlechtert sich seit Jahren. Wir müssen die Natur
334 wiederherstellen und das gestörte Gleichgewicht unserer Ökosysteme verbessern. Wir
335 möchten deshalb ein ambitioniertes Gesetz zur Bodengesundheit verabschieden sowie
336 ausreichende Mittel für die Wiederherstellung der Natur, auch im Rahmen der
337 europäischen Agrarförderung, bereitstellen, um der um sich greifenden

338 Flächenversiegelung und dem Verlust natürlicher Lebensräume in der EU
339 entgegenzuwirken.

340 **Eine zukunftsfähige Landwirtschaft**

341 Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik muss mehr leisten, um ihre selbstgesteckten
342 Umwelt- und Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig ist der Beitrag zur
343 Einkommenssicherung der Landwirtinnen und Landwirte nicht ausreichend. Daher muss die
344 europäische Landwirtschaft besser für die Zukunft aufgestellt werden. Zentral wird
345 dabei zukünftig die Honorierung von öffentlichen Dienstleistungen, wie etwa von
346 nachhaltigem Wirtschaften, dem Erhalt vielfältiger Kulturlandschaften, Umwelt-,
347 Bestäuber-, Wasser- und Bodenschutz und dem Ausbau natürlicher CO₂-Speicher sein.
348 Dies soll in Zukunft neben fairen Preisen für erzeugte Lebensmittel auch ein
349 Einkommen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen bieten. Die
350 Rahmenbedingungen für eine auskömmliche Landwirtschaft sind so zu schaffen, das eine
351 umfassende Ernährungssicherung innerhalb Europas unter gleichzeitiger Wahrung der
352 natürlichen Ressourcen und Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien (ökologisch,
353 ökonomisch und sozial) noch besser abgesichert werden. Dringend notwendige Reformen,
354 um die Agrarpolitik an die Ziele des Green Deals anzupassen, müssen dabei umgesetzt
355 werden. Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wollen wir weiter deutlich verringern.
356 Der verstärkte Einsatz von digitaler Technik, KI und Drohnen wird dabei eine zentrale
357 Rolle spielen. Gentechnik im herkömmlichen Sinne lehnen wir ab. Den Einsatz neuer
358 genomischer Techniken (CRISPR/Cas, Gen-Schere) werden wir ergebnisoffen prüfen. Dabei
359 haben das Vorsorgeprinzip und damit einhergehend eine umfassende Risikoprüfung für
360 uns oberste Priorität. Denn auch bei neuen Gentechniken kann es zu unerwünschten
361 Effekten kommen.

362 Auf Initiative der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird in dieser
363 Förderperiode zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Agrarpolitik neben
364 dem Schutz von Klima und Umwelt auch die Einhaltung von sozialen Mindeststandards zur
365 Bedingung für das Erhalten von europäischen Geldern. Diese neu eingeführte soziale
366 Komponente in der GAP muss ausgebaut werden. Lohnarbeiterinnen und -arbeiter sowie
367 Saisonarbeitskräfte haben einen fairen Umgang verdient, und gute Arbeitgeberinnen und
368 Arbeitgeber sowie faire Betriebsleiterinnen und -leiter müssen begünstigt werden.

369 **Wasser als öffentliches Gut schützen**

370 Weite Teile Europas leiden unter extremer Trockenheit bzw. Starkregenereignissen. Das
371 verhindert nicht nur eine ertragsreiche Bewirtschaftung, sondern erhöht auch die
372 Gefahr von Überschwemmungskatastrophen. Wir fordern deshalb eine europäische Wasser-
373 Strategie, die bereichsübergreifend Wasserprobleme in den Blick nimmt und alle
374 Wirtschaftssektoren sowie Verbraucherinnen und Verbraucher einbezieht.

375 **Europäische Meeresschutz- und Fischereipolitik**

376 Viele Fischpopulationen in der EU leiden unter Überfischung. Wir wollen eine
377 europäische Fischereipolitik mit wissenschaftsbasierten Fangquoten, die die Erholung
378 überfischter Fischbestände ermöglicht und die schädliche Fischereisubventionen
379 beendet. Durch striktere Kontrollen illegaler, undokumentierter und unregulierter
380 Fischerei wollen wir einer Überfischung zuvorkommen. Wir werden mindestens 30 Prozent
381 der europäischen Meeresflächen unter Schutz stellen und bis 2030 mindestens 20
382 Prozent der geschädigten maritimen Ökosysteme wieder in einen guten Zustand bringen.

383 Dabei ist uns ein offener Dialog mit der Fischereiwirtschaft wichtig, damit
384 Investitionen, neue Geschäftsmodelle und Praktiken effektiv unterstützt und umgesetzt
385 werden können.

386 **Tierschutz verbessern**

387 Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, insbesondere nicht aus wirtschaftlichem
388 Interesse. Bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung müssen wir daher konsequent auf
389 die Verbesserung des Tierwohls setzen. Wir fordern eine europaweit einheitliche
390 Kennzeichnungspflicht der Haltungsformen sowie ein Tierwohllabel für alle tierischen
391 unverarbeiteten und verarbeiteten Produkte, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern
392 aufgeklärte Kaufentscheidungen zu ermöglichen. Acht Stunden Transport von
393 Lebewesen muss das Maximum sein, das in der EU erlaubt ist. Zudem brauchen wir ein
394 Verbot von Lebewesen-transporten in Drittstaaten, wo die Einhaltung der
395 Tierschutzgesetzgebung nicht gewährleistet werden kann.

396 **4. Digitalisierung für die Menschen**

397 Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) verändern alle Bereiche unseres
398 Lebens und Wirtschaftens. Wir brauchen deshalb eine kohärente und harmonisierte
399 Digitalpolitik, die alle Lebensbereiche abdeckt und alle Europäerinnen und Europäer
400 mitnimmt – eine echte Verwirklichung der Digitalunion. Europa hat in den letzten
401 Jahren viele Meilensteine, wie z. B. die Datenschutzgrundverordnung, erreicht und
402 bewiesen, dass ein geeintes Europa mit seinen Werten eine Vorreiterrolle in der
403 digitalen Welt einnehmen kann, wenn es um die demokratische, souveräne und faire
404 Gestaltung der Digitalisierung geht. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir wollen die
405 Potenziale digitaler Technologien für Fortschritt und Wohlstand in Europa nutzen. Die
406 jüngsten technischen Entwicklungen haben auch deutlich gemacht, dass wir uns
407 unabhängiger und krisensicherer aufstellen müssen. Deshalb wollen wir die Entwicklung
408 und die Produktionskapazitäten zur Herstellung digitaler Schlüsseltechnologien und
409 Netzwerktechnologien sowie den Aufbau von Rechenkapazitäten beispielsweise für die
410 Entwicklung von europäischen KI-Modellen in Europa sicherstellen und noch stärker als
411 bisher fördern.

412 Bei all dem, was technisch möglich ist, stellen wir die Chancen in den Vordergrund,
413 ohne dabei die Risiken und Herausforderungen aus den Augen zu verlieren. Die
414 essenzielle Säule unseres Handels sind unsere gemeinsamen europäischen Werte und ein
415 menschenzentrierter Ansatz in der digitalen Transformation.

416 **Schutz, Vertraulichkeit und Souveränität im digitalen Raum**

417 Im Analogen wie im Digitalen gilt: Wir setzen uns für den Schutz vor Diskriminierung
418 ein und wollen, dass Grundrechte wie Datenschutz, Schutz der Privatsphäre sowie der
419 Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistet sind. Dafür müssen Bürgerinnen und
420 Bürger besser über ihre Rechte informiert werden. Im Falle von erheblichen
421 Auswirkungen auf das Leben von Menschen müssen wir sicherstellen, dass es Menschen
422 sind, die Entscheidungen abschließend treffen und die Kompetenzen haben, entsprechend
423 zu handeln. Der Rechtsweg gegen die Entscheidung muss offenstehen.

424 Der Schutz der Privatsphäre und die Vertraulichkeit von Kommunikation sind zentrale
425 Voraussetzungen für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Digitalisierung.
426 Die Vertraulichkeit digitaler Kommunikation ist Voraussetzung für die Wahrung von
427 Grund- und Freiheitsrechten und unsere Demokratie. Jegliche Form von

428 Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Das Umgehen oder Aufbrechen von
429 Verschlüsselung, das Zurückhalten von Schwachstellen sowie den Einsatz von
430 Spähsoftware durch private oder staatliche Stellen lehnen wir ab. Der anlasslosen
431 Speicherung von Daten genauso wie der anlasslosen Kontrolle digitaler Kommunikation
432 stellen wir uns ebenso entschieden entgegen.

433 Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer digitalen Union die Kontrolle
434 über ihre Daten haben. Digitale Profilbildung gefährdet Privatsphäre und Demokratie,
435 kann zu Diskriminierungen sowie Irreführung und Manipulation für Werbezwecke und
436 politische Beeinflussung führen. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bedeutete
437 einen Quantensprung in der Datenschutzpolitik und zeigt die herausragende
438 Leistungsfähigkeit europäischer Lösungen. Sie hat sich weltweit zu einem Modell
439 entwickelt, dem viele Staaten folgen. Zugleich hat sich beim Vollzug der DSGVO aber
440 auch gezeigt, dass einige Regeln über das Ziel hinausschießen und die Bürger und
441 Bürger sowie kleine Vereine mit ehrenamtlichen Strukturen und kleine und mittlere
442 Unternehmen mit mehr Bürokratie belasten als nötig. Wir setzen uns daher für eine
443 konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der DSGVO ein. Neben einem hohen Niveau
444 des Schutzes der Privatsphäre sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir
445 auch Bürokratieabbau und den digitalen Fortschritt in den Blick nehmen. Die
446 Regulierung von digitalen Plattformen werden wir dafür evaluieren und wenn nötig
447 weiter verbessern.

448 **Eine wirksame und kohärente Governance**

449 Die EU hat in den letzten Jahren viele Rechtsakte wie den Digital Service Act (DSA),
450 den Digital Markets Act (DMA) und zuletzt den AI-Act auf den Weg gebracht. Wir wollen
451 im nächsten Schritt dafür sorgen, dass zur wirksamen Umsetzung der Rechtsakte
452 genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, damit die Vorgaben in den Mitgliedsstaaten
453 transparent, lösungsorientiert und einheitlich umgesetzt werden können.

454 **Demokratieförderung und Kampf gegen Desinformation**

455 Immer häufiger sehen sich Menschen mit Desinformation und Manipulation konfrontiert.
456 Die bewusst oder fahrlässig herbeigeführte manipulative Wirkung von Fake News
457 untergräbt die Solidarität in unserer Gesellschaft und die Widerstandsfähigkeit
458 unserer Demokratie. Wir wollen die europäische Öffentlichkeit und unsere
459 demokratischen Institutionen vor diesen Einflüssen schützen. Wir dürfen uns nicht nur
460 auf Desinformation von außen konzentrieren, sondern müssen auch Desinformationen
461 bekämpfen, die innerhalb der EU ihren Ursprung haben.

462 Dazu gehören klare Regeln für digitale Plattformen, wie sie in den letzten Jahren in
463 Europa entwickelt wurden. Wir setzen uns für eine wirksame Durchsetzung dieser Regeln
464 durch eine starke Governance ein, um Fake News und Hate Speech im Netz geschlossen zu
465 begegnen. Zudem wollen wir den Aufbau sowie die Unterstützung europaweiter nicht-
466 kommerziell und dezentral organisierter digitaler Kommunikations- und
467 Handelsplattformen fördern. Sie sollen eine echte Alternative zu den kommerziellen
468 Plattformen bilden.

469 Das Recht auf Zugang zu Wissen ist eine der großen Errungenschaften der Aufklärung.
470 Im analogen Zeitalter wurde dieser Zugang durch öffentliche Bibliotheken und
471 Universitäten garantiert und gefördert. Im digitalen Raum ist der Zugang zu
472 verlässlichen Informationen ungleich schwerer, häufig gelten z.B. für physische

473 Bücher und eBooks andere Lizenzbedingungen, die Ergebnisse öffentlich finanzierter
474 Forschung sind oft nicht frei verfügbar. Deshalb werden wir uns für einen Open
475 Knowledge Act einsetzen, der hier Barrieren abbaut und Forscherinnen und Forschern
476 aber auch Bürgerinnen und Bürgern einfacheren Zugang zu Wissen aller Art ermöglicht.

477 **Digitale Souveränität sicherstellen**

478 Zur Stärkung unserer digitalen Souveränität gehört neben klaren Regeln für digitale
479 Märkte und Dienste sowie die grundrechtskonforme Nutzung von Daten auch eine stärkere
480 technologische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Wir müssen bei der Entwicklung,
481 Produktion und Anwendung digitaler Technologien unabhängiger werden und uns
482 krisensicher gegen Einflüsse wie beispielsweise Cyberattacken aus dem Ausland,
483 insbesondere zum Schutz kritischer Infrastrukturen, besser aufstellen. Digitale
484 Plattformen und künftig Künstliche Intelligenz werden zu essenziellem Teil unserer
485 Infrastruktur sowie der Daseinsvorsorge werden. In diesen Bereichen wollen wir die
486 Abhängigkeiten von Herstellern außerhalb Europas minimieren. Auch müssen wir unsere
487 demokratischen Prozesse einschließlich unserer Wahlen nicht nur vor Desinformation
488 schützen, sondern auch vor Cyberattacken. Außerdem wollen wir, dass Unternehmen, die
489 unsere Grundrechte achten und nicht ausbeuten, bei der öffentlichen Auftragsvergabe
490 bevorzugt berücksichtigt werden. Schließlich sollte die Nutzung von Open Source
491 vorangetrieben werden.

492 **KI-Modelle mit europäischen Werten**

493 Algorithmische Entscheidungssysteme können Verwaltungen entlasten, neue Jobs
494 ermöglichen oder die Gesundheitsversorgung verbessern. Doch sie können auch
495 Verbraucher- und Menschenrechte verletzen, und das gilt auch für andere Methoden der
496 Künstlichen Intelligenz. Die Entwicklung und der Einsatz von Methoden der Künstlichen
497 Intelligenz müssen europäischen Werten folgen. Deshalb wollen wir bei der Entwicklung
498 und Verbreitung von KI-Modellen die erneute Dominanz großer Tech-Monopole verhindern.
499 Insbesondere für den Einsatz in Verfahren der öffentlichen Verwaltung bzw. dort, wo
500 großes öffentliches Interesse vorliegt, wie z. B. im Bereich Gesundheit, wollen wir
501 im europäischen Maßstab und nach europäischen Werten allgemein zugängliche KI-Modelle
502 entwickeln, um Abhängigkeiten zu vermeiden und globale Standards „Made in Europe“ zu
503 setzen. Wir wollen die Mitgliedsstaaten zum Treiber dieser Entwicklungen machen,
504 indem sie Innovationen „Made in Europe“ wie z.B. im Bereich KI oder künftig im
505 Bereich Quantencomputing nachfragen und somit für deren Skalierung sorgen. Wir wollen
506 den Zugang zu Fördermitteln vereinfachen und beschleunigen. Zudem wollen wir eine
507 gebündelte europäische Spitzenforschung im Bereich KI ermöglichen, um Fachkräfte in
508 Europa auszubilden und zu halten. Wir setzen uns für unabhängige
509 Datenschutzbehörden, Folgeabschätzungen sowie Transparenz- und
510 Kennzeichnungspflichten innerhalb der EU ein. Dies gilt insbesondere für KI-
511 Basismodelle. Zudem gilt es, kleine und mittelständische Unternehmen beim Einsatz von
512 KI zu unterstützen und Open-Source-Ansätze auch im Bereich KI zu fördern.

513 **Ein offenes und freies Internet**

514 Das Prinzip der Netzneutralität ist ein Eckpfeiler des offenen und freien Internets
515 und steht auch beim Ausbau von Netzwerkinfrastrukturen nicht zur Debatte. Der faire,
516 gleichberechtigte Zugang aller Nutzerinnen und Nutzer sowie Dienste zum Internet ohne
517 Einschränkungen muss gewährleistet bleiben, jegliche Ungleichbehandlung bestimmter
518 Inhalte durch die Netzanbieter lehnen wir ab. Dazu gehört auch, dass schnelles

519 Internet für alle erschwinglich sein muss.

520 **5. Europa zur Mobilitätsunion machen**

521 Die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen und Personen ist eine große
522 Errungenschaft der Europäischen Union. Menschen nutzen sie privat wie geschäftlich.
523 Die Herausforderung ist, Mobilität schnellstmöglich gleichzeitig klimaneutral,
524 zuverlässig und bezahlbar zu gestalten. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern
525 stellen wir uns dieser Herausforderung und leiten eine echte europäische
526 Mobilitätswende ein. Dies erfordert eine Transformation in allen Verkehrsbereichen,
527 einschließlich des Individualverkehrs, des öffentlichen Verkehrs und des
528 Güterverkehrs. Verkehrsplanung aus europäischer Perspektive ist auch nötig, um
529 Grenzregionen besser anzubinden. Damit fördern wir die wirtschaftliche Entwicklung in
530 ganz Europa und eröffnen die Möglichkeit, auf klimaneutralere Verkehrsmittel
531 umzusteigen. Gleichzeitig vereinfachen europäische Lösungen den Alltag für mobile
532 Europäerinnen und Europäer.

533 **Gemeinsame europäische Bahnstrecken voranbringen**

534 Deutschland hat in Europa das größte Schienennetz. Wir sorgen dafür, dass eine
535 Generalsanierung im Volumen von 40 Milliarden Euro durchgeführt wird. Diese nationale
536 Anstrengung wollen wir auch dazu nutzen, in den Bau und Ausbau europäischer
537 Bahnstrecken zu intensivieren. Aufbauend auf dem Ziel eines Deutschlandtakts wollen
538 wir die Voraussetzungen für einen Europatakt schaffen, der neben der Steigerung der
539 Pünktlichkeit auch die Anbindung an europäische Netze in den Vordergrund stellt. Wir
540 werden die Kapazität, Zuverlässigkeit, Barrierefreiheit, Verfügbarkeit und den
541 nahtlosen grenzüberschreitenden Betrieb des Schienengüterverkehrs in der Union
542 erhöhen.

543 **Europäische Züge als Alternative zum Flugzeug**

544 Den Trend zum klimafreundlichen Nachtzug wollen wir aktiv fördern und ein
545 europäisches Nachtzugnetz aufbauen. Kurzfristig wollen wir mehr ICE-Sprinter
546 etablieren, vor allem in Konkurrenz zu Kurzstreckenflügen. Bahnfahren soll
547 innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Die Einrichtung von
548 wettbewerbsfähigen und innovativen Hochgeschwindigkeitszugverbindungen und Nachtzügen
549 sollte von allen Mitgliedsstaaten unterstützt werden, da sie eine umweltfreundliche
550 und wettbewerbsfähige Alternative im internationalen Verkehr darstellen.

551 **Saubere Mobilität für alle**

552 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle
553 Bevölkerungsgruppen Zugang zu klimafreundlichen Verkehrslösungen haben und dass
554 niemand aufgrund des sozialen Status oder Einkommens benachteiligt wird. Dazu gehören
555 auch die Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln in ländlichen Gebieten und die
556 Erhaltung von guten Arbeitsplätzen im Verkehrssektor. Auch im öffentlichen Nahverkehr
557 soll die Umrüstung auf klimaschonende Verkehrsmittel europaweit deutlich beschleunigt
558 werden.

559 **Europaticket für ÖPNV und europaweite Ticket-App**

560 Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass es
561 auch in unseren Nachbarländern, wie zum Beispiel Frankreich, anerkannt wird. Das soll
562 Pendlerinnen und Pendler in Grenzregionen entlasten und den Urlaub vor Ort einfacher

563 und preiswerter machen. Unsere Vision ist ein Europaticket in der gesamten EU. Zudem
564 wollen wir eine verkehrsübergreifende, europaweite Buchungsplattform für Züge, Busse
565 und weitere Mobilitätsdienstleistungen etablieren – mit einer App mobil in der ganzen
566 EU. Gemeinsam mit unseren Nachbarn wollen wir ein EU-weites Ticketsystem einführen.
567 Vergünstigungen durch BahnCards sollten für grenzüberschreitende Verbindungen
568 vollständig gültig sein.

569 **Kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen**

570 DiscoverEU ist ein Erfolgsprojekt der Europäischen Union. Jedes Jahr lernen Tausende
571 junge Menschen mit einem kostenlosen Interrail-Ticket im Zug Europa kennen. Diese
572 Möglichkeit sollen in Zukunft alle 18-Jährigen in der EU erhalten. Damit sich auch
573 Jugendliche mit wenig Geld die Reisekosten leisten können, wollen wir eine
574 unkomplizierte Förderung über Erasmus+ schrittweise möglich machen. Die DiscoverEU-
575 Jugendkarte mit Rabatten für Unterkunft, Verpflegung, Sport, Kultur, Lernaktivitäten
576 und ÖPNV wollen wir ausbauen.

577 **Mehr Güterverkehr auf der Schiene**

578 Wir streben eine wesentlich stärkere Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf
579 die Schiene an. Das ist ein wichtiger Schlüssel zur Erreichung der Energieeffizienz-
580 und Klimaziele der Union. Wir müssen den Bahnsektor mehr unterstützen und die
581 effizienteste Nutzung des Netzes fördern. Etwa drei Viertel des Güterverkehrs laufen
582 derzeit über die Straße, das sind ca. 1,3 Millionen Lkw täglich. Allein 1 Güterzug
583 könnte bis zu 62 Lkw ersetzen! Bis 2030 wollen wir den Anteil des
584 Schienengüterverkehrs auf 30 Prozent des gesamten Güterfrachtverkehrs für Strecken
585 über 300 Kilometer und bis 2050 auf mehr als 50 Prozent erhöhen. Der
586 Schienengüterverkehr in der EU benötigt höhere Kapazität, Zuverlässigkeit,
587 Verfügbarkeit und einen nahtlosen grenzüberschreitenden Betrieb. Dafür setzen wir auf
588 effiziente europäische Güterverkehrskorridore und die Digitalisierung der Schiene.
589 Insbesondere werden wir eine EU-weite Förderung zur flächendeckenden Einführung der
590 Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) vorantreiben.

591 **Infrastruktur für elektro- und wasserstoffbetriebene Mobilität ausbauen**

592 Wir wollen elektro- und wasserstoffbetriebener Mobilität den Weg bereiten. Dafür
593 sollen überall mindestens alle 60 Kilometer E-Schnellladestationen und alle 200
594 Kilometer Tankstellen für Wasserstoff aufgebaut werden. Zudem wollen wir eine
595 europäische Unterstützung durch gezielte EU-Fördergelder, Anschubfinanzierungen und
596 Pilot-Projekte für Shared-Mobility-Angebote, für Mikro-Mobilität und auch für das
597 autonome Fahren. Wir brauchen Verlässlichkeit durch klare europäische Regelungen und
598 Förderungen. Diese soll es auch für Forschung und Entwicklung geben sowie zur
599 Ansiedlung von Schlüsseltechnologien, wie zum Beispiel für die Batteriezellen-
600 Industrie oder das autonome Fahren.

601 **Klimaneutraler Flug- und Schiffsverkehr, europäische Häfen und Flughäfen**

602 Nachhaltige Flugkraftstoffe, wie E-Kerosin, sind ein entscheidender Schritt, um die
603 CO₂-Emissionen der Luftfahrtindustrie drastisch zu reduzieren. Mehr als 200.000
604 zusätzliche Arbeitsplätze könnten so in Europa geschaffen werden. Dies bietet die
605 Chance für neue Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der Produktion
606 von nachhaltigen Flugkraftstoffen. Uns ist wichtig, dass die Kraftstoffherstellung
607 nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht. Wir wollen ein EU-Label für die

608 Umweltverträglichkeit von Flügen einführen. Dies ermöglicht den Passagierinnen und
609 Passagieren, die Umweltbilanz von Flügen zu vergleichen und bewusste Entscheidungen
610 zu treffen. Außerdem wollen wir die Vorgaben für den Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe
611 für Frachtschiffe erhöhen und Hafenstädte bei der zügigen Installation von
612 Landstromanlagen unterstützen.

613 **6. Finanzierung der Zukunft**

614 Der ökologische und digitale Umbau der europäischen Wirtschaft und unserer
615 Gesellschaft ist mit einem hohen Investitionsbedarf verbunden. Dazu gehören
616 staatliche genauso wie private Investitionen. Es handelt sich ohne Zweifel um eine
617 enorme Kraftanstrengung, aber eines ist klar: Wir investieren in unseren künftigen
618 Wohlstand und eine lebenswerte Zukunft. In Zeiten fortdauernder wirtschaftlicher
619 Unsicherheit setzen wir auch weiterhin auf fiskalische Spielräume innerhalb der EU.
620 Bei der Bewältigung der Pandemie haben wir gesehen, welche Rolle eine weitsichtige
621 Fiskalpolitik für die Stabilisierung der Wirtschaft spielen kann. Diese staatliche
622 Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten bleibt weiter wichtig. Dabei sollten die
623 Innovationskraft, die Anpassungsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit von Unternehmen
624 entscheidend sein und nicht die fiskalische Leistungsfähigkeit einzelner
625 Mitgliedsstaaten.

626 **Gemeinsam in die Zukunft investieren**

627 Mit den historischen Beschlüssen zum europäischen Wiederaufbaufonds sind wir unter
628 der Führung des damaligen Bundesfinanzministers Olaf Scholz mutig neue Wege gegangen.
629 Next Generation EU hat einen entscheidenden Impuls für nachhaltige
630 Zukunftsinvestitionen gegeben. Zusammen mit dem Kriseninstrument für Kurzarbeit SURE
631 konnten wir eine schlagkräftige Antwort auf die Krise in der Pandemie geben. Wir
632 wollen aus diesem starken Zeichen der europäischen Solidarität einen dauerhaften
633 Integrationsfortschritt machen. Wir setzen uns für dauerhaft geeignete Instrumente
634 ein, um die europäische Wirtschaft und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der
635 Transformation zu unterstützen und akuten Krisensituationen auch durch eine
636 gemeinschaftliche Kreditaufnahme solidarisch zu begegnen. Denn mehr öffentliche
637 Mittel sind notwendig, um die Herausforderungen der sozial-ökologischen
638 Transformation zu meistern. Das Kriseninstrument SURE möchten wir weiterentwickeln
639 und sicherstellen, dass alle Mitgliedsstaaten auch in Zeiten schwerer
640 wirtschaftlicher Krisen ihre wichtigen sozialen Sicherungssysteme, durch eine
641 dauerhafte europäische Arbeitslosenrückversicherung erhalten können, ohne dass es
642 hierbei zu dauerhaften Finanztransfers kommt.

643 **Spielräume für Investitionen schaffen**

644 Wir wollen das europäische Beihilferecht reformieren und damit ermöglichen, dass
645 notwendige Investitionen auch zur rechten Zeit getätigt werden können. Dafür wollen
646 wir Genehmigungsverfahren beschleunigen. Die Genehmigung von Beihilfen sollte dabei
647 konsequent an die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien geknüpft werden.
648 Auch Staaten mit einem höheren Schuldenstand müssen in der Lage sein, die
649 klimaneutrale und digitale Transformation zu meistern und soziale Investitionen zu
650 tätigen. Wir brauchen daher dringend eine entschlossene, koordinierte und
651 solidarische europäische Investitionspolitik. Der Umbau der europäischen Wirtschaft
652 kann nur gelingen, wenn Unternehmen in allen Mitgliedsstaaten von öffentlichen
653 Unterstützungsmaßnahmen profitieren. Andernfalls droht eine Schwächung der

654 Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes als Ganzes, was zum Nachteil der deutschen
655 Wirtschaft ist, die am meisten von einem leistungsfähigen Binnenmarkt profitiert.
656 Eine Flexibilisierung des EU-Beihilfenrechts verlangt daher, dass fiskalisch
657 schwächere Mitgliedsstaaten europäische Mittel im Sinne einer gemeinsamen
658 Investitionspolitik einsetzen können.

659 **Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes**

660 Den Stabilitäts- und Wachstumspakt werden wir weiterentwickeln. Es geht darum,
661 Zukunftsinvestitionen für den klimagerechten Umbau unserer Wirtschaften und die
662 Digitalisierung zu ermöglichen. Es geht darum, realistische und verbindliche Regeln
663 zum Schuldenabbau zu verankern und gleichzeitig die Nachvollziehbarkeit und
664 Transparenz des Paktes zu verbessern. Wir werden tragfähige Staatsfinanzen in allen
665 europäischen Ländern sichern, ohne dass die rigide Sparpolitik nach Europa
666 zurückkehrt. Der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist in diesem Sinne
667 gelungen, eine Einigung unter den Mitgliedstaaten auf eine Reform der europäischen
668 Fiskalregeln zu erreichen. Anders als die Konservativen in der Finanzkrise hat sie in
669 diesem sensiblen Thema Europa zusammengeführt, statt zu spalten. Wir setzen uns für
670 eine weitere Demokratisierung im Bereich der wirtschaftspolitischen Koordinierung
671 sowie die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments im Europäischen Semester
672 ein. Die Politikempfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters müssen im Einklang
673 mit grundlegenden Politikzielen der EU, wie etwa dem Green Deal oder der Europäischen
674 Säule Sozialer Recht stehen.

675 **Wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer Unternehmen**

676 Um Investitionen zu fördern und die wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer
677 Unternehmen sicherzustellen, soll endlich ein gemeinsamer funktionierender
678 europäischer Kapitalmarkt geschaffen werden. Hierfür werden wir den politischen Druck
679 für die Vollendung der Banken- und vor allem der Kapitalmarktunion mit angemessener
680 Aufsicht erhöhen. Auf diese Weise kann privates Kapital grenzüberschreitend
681 mobilisiert und in Unternehmen gelenkt werden. Diese Unternehmen, insbesondere kleine
682 und mittlere, können den Kapitalmarkt so leichter und stärker als bisher als
683 Finanzierungskanal nutzen. Gleichzeitig profitieren Sparerinnen und Sparer von einem
684 breiteren Zugang zu Anlagemöglichkeiten für den Vermögensaufbau und die
685 Altersvorsorge. Außerdem kann eine vollendete Kapitalmarktunion durch eine stärkere
686 Diversifikation bei Unternehmensfinanzierungen einen wichtigen Beitrag für die
687 Stärkung der Finanzstabilität leisten und darüber hinaus die internationale
688 Wettbewerbsfähigkeit verbessern. So werden wir einen integrierten und liquiden
689 europäischen Kapital- und Bankenmarkt schaffen und die finanzielle Fragmentierung
690 innerhalb Europas auflösen. Damit fördern wir Wachstum und Arbeitsplätze und
691 verbessern den Schutz von Anlegerinnen und Anlegern. Besonders müssen die
692 Möglichkeiten für Start-ups in Europa deutlich gestärkt werden.

693 **Perspektiven für Stadt und Land schaffen**

694 Alle Menschen sollen die gleichen Chancen zur Lebensverwirklichung erhalten –
695 unabhängig davon wo sie leben. Ländliche Räume sowie Klein- und Mittelstädte nehmen
696 über 80 Prozent der Fläche der EU ein. Rund ein Drittel der gesamten EU-Bevölkerung
697 sind dort beheimatet. Diese Regionen erbringen als Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs-,
698 Kultur- und Umwelträume vielfältige und zentral wichtige Funktionen für die
699 Gesellschaft. Unser Ziel ist es, Städte, Küstenregionen und ländliche Gebiete bei dem

700 nachhaltigen Wandel unserer Gesellschaften zu unterstützen und zu verhindern, dass
701 einzelne Regionen in der Transformation abgehängt werden. Eine Investitionspolitik,
702 die Menschen zeigt, was Europa konkret für sie tut, hat sich insbesondere in
703 Ostdeutschland bewährt und den Aufholprozess in den neuen Ländern zum Erfolg gemacht.
704 Ab 2028 wollen wir die Struktur- und Investitionsfonds zu einem echten
705 Transformationsinstrument erweitern, das einen sozial gerechten Wandel sicherstellt
706 und zugleich Innovation fördert. Wir schützen den Kohäsionsfonds noch besser vor dem
707 Missbrauch durch autoritäre Regierungen.

708 **Ein schlagkräftiger EU-Haushalt**

709 Wer die Europäische Union weiterentwickeln will, muss bereit sein, ihren Haushalt
710 entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten. Wir wollen einen europäischen
711 Haushalt, der den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist. Wir fordern, dass
712 2027 für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen in den zentralen Politikbereichen der
713 EU, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert liefern, zusätzliche Mittel
714 investiert werden. Für uns gilt: Wenn die EU wie in den vergangenen Jahren
715 vielfältige neue Aufgaben übernimmt, soll sie auch die dazu nötigen Mittel erhalten.
716 Dafür wollen wir die EU finanziell unabhängiger von den nationalen Regierungen
717 machen. Wir wollen den deutschen Haushalt von Beiträgen in den europäischen Haushalt
718 entlasten und diese durch echte Eigenmittel für die EU ersetzen. Es muss der
719 Grundsatz gelten: Einnahmen, die durch europäische Politiken entstehen, gehören in
720 den EU-Haushalt.

721 Um die Einnahmenseite zu stärken, braucht es eine europäische Koordinierung und
722 Regelungen in der Unternehmensbesteuerung, die Steuervermeidung und -hinterziehung
723 durch international aktive Unternehmen wirksam verhindern. Mit der Mindestbesteuerung
724 von 15 Prozent auf OECD-Ebene haben wir einen wichtigen Meilenstein bereits erreicht,
725 nun kommt es darauf an, die Vereinbarungen in allen Mitgliedsstaaten umzusetzen und
726 mit den Mitteln den EU-Haushalt zu stärken. Perspektivisch wollen wir eine Erhöhung
727 des Mindeststeuersatzes von Unternehmensgewinnen in Höhe von 25 Prozent auf Grundlage
728 der bestehenden Vereinbarungen in der OECD erreichen. Außerdem wollen wir kurzfristig
729 eine umfassende Finanztransaktionssteuer auf alle Wertpapier- und
730 Devisentransaktionen sowie ein EU-Eigenmittel durch die Besteuerung von
731 Aktienrückkäufen von Unternehmen einführen. Zudem stärken wir den EU-Haushalt durch
732 Einnahmen aus dem neuen CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM).

733 Eigenmittel sollen dabei nicht nur eine Einnahmefunktion erfüllen, sondern auch zur
734 Erreichung unserer politischen Ziele beitragen. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit
735 wollen wir die soziale Ungleichheit in Europa bekämpfen. Deshalb müssen EU-Mittel an
736 Kriterien wie gute Arbeit und Tarifbindung gekoppelt werden.

Antrag : III. Ein starkes Europa in der Welt

1 Die Zunahme an Konflikten in der Welt führt schon jetzt dazu, dass Menschen bei uns
2 Schutz oder ein besseres Leben suchen, sie führt zu steigenden Preisen und
3 Lieferengpässen. Die Regeln und Institutionen der globalen Zusammenarbeit stehen
4 immer mehr unter Druck, und der Krieg in der Ukraine hat die europäische
5 Sicherheitsarchitektur ernsthaft erschüttert.

6 Wir brauchen deshalb ein starkes Europa, das unsere gemeinsamen Werte Frieden,
7 Freiheit und Demokratie verteidigt und sich als Friedensmacht in der Welt engagiert.
8 Ein Europa, das auch international gegen Armut und Ausgrenzung und für Frieden,
9 Entwicklung und Menschenrechte eintritt. Die Erweiterungspolitik der EU ist ein
10 Instrument von enormer transformativer Kraft. Ein wachsendes Europa muss ein besseres
11 Europa sein. Das Europa von 35 und mehr Staaten kann nicht so geführt werden, wie das
12 heutige Europa der 27. Deshalb treten wir ein für innere Reformen, für reformierte
13 Institutionen und schlankere Entscheidungswege. Erweiterung und Reform müssen Hand in
14 Hand gehen.

15 Die Europäische Union zeigt schon jetzt, dass Kooperation uns stärker macht als
16 Konfrontation. Deshalb gilt es, noch stärker nach Gemeinsamkeiten der
17 Mitgliedsstaaten zu suchen und mit einer Stimme in der Welt zu sprechen. Wir werden
18 die europäische Handelspolitik neu ausrichten und verstärkt in strategische
19 Partnerschaften investieren – zur Sicherung wichtiger Ressourcen, aber auch um uns
20 für friedliche Konfliktlösung, eine nachhaltige Entwicklung und ein neues Vertrauen
21 in die internationalen Beziehungen zu engagieren. Dabei werden wir den Ländern des
22 Globalen Südens als gleichberechtigte Partner begegnen und uns dafür engagieren, dass
23 die feministische Perspektive stets berücksichtigt wird. Wir wollen eine solidarische
24 Migrations- und Flüchtlingspolitik, die Humanität und Ordnung miteinander verbindet.

25 **1. Für ein friedliches Europa**

26 Der russische Angriff auf die Ukraine hat Krieg zurück auf den europäischen Kontinent
27 gebracht. Aus der Entspannungspolitik unter Willy Brandt wissen wir, dass
28 militärische Stärke wichtig ist, um das Friedensprojekt Europa zu schützen. Deshalb
29 wollen wir den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und mehr Verantwortung für
30 unsere eigene Sicherheit übernehmen. Durch die dauerhafte Stationierung einer
31 deutschen Brigade in Litauen sowie die von Olaf Scholz angekündigte Investition in
32 die gemeinsame Luftverteidigung (European Sky Shield Initiative, ESSI) erhöhen wir
33 unseren Beitrag zur NATO bereits qualitativ und konzeptionell – dieses Engagement
34 wollen wir weiter ausbauen. Gleichzeitig setzen wir als die Friedenspartei in
35 Deutschland auch weiterhin auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und
36 Friedensförderung sowie auf Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sicherheit und Frieden
37 gehören untrennbar zusammen, aber Frieden ist mehr als Sicherheit. Der Dreiklang von
38 Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik bleibt deshalb der Grundpfeiler
39 sozialdemokratischer internationaler Politik.

40 **Vision einer europäischen Armee**

41 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben schon lange die Vision einer
42 europäischen Armee, denn wir wissen, durch gemeinsame Investitionen und Organisation
43 unserer Streitkräfte können wichtige Synergieeffekte erzielt werden. Im Sinne des
44 strategischen Kompasses der Europäischen Union möchten wir, dass diese eine
45 handlungsfähigere Sicherheitsakteurin wird. Auch wenn die NATO ihre zentrale Rolle
46 für unsere Bündnisverteidigung behält, wollen wir Europa in die Lage versetzen,
47 Sicherheit vor externen Bedrohungen zunehmend eigenständig zu gewährleisten. Wir
48 setzen uns für mehr Harmonisierung in der Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten in
49 der EU sowie die Stärkung von effizienten und gleichzeitig demokratisch legitimierten
50 Entscheidungsstrukturen in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.
51 Dazu gehören für uns insbesondere auch die Einbeziehung des Europäischen Parlaments,

52 die Stärkung des Amtes des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin der EU für
53 Außen- und Sicherheitspolitik und die Einrichtung eines eigenständigen Rats der
54 Verteidigungsministerinnen und -minister.

55 **Mehr gemeinsame europäische Beschaffung**

56 Mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr haben wir bewiesen, dass wir bereit sind,
57 die nötigen finanziellen Ressourcen in die Hand zu nehmen, um Europa im Bereich der
58 Sicherheit und Verteidigung handlungsfähiger zu machen. Wir müssen sicherstellen,
59 dass die angestoßenen Investitionen fortgeführt werden und setzen uns daher für eine
60 nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens 2 Prozent des
61 Bruttoinlandsproduktes ein. Wir wollen mehr Anreize für kollaborative Ausgaben für
62 Verteidigung auf europäischer Ebene setzen, indem wir europäische Fonds (EDF, EDIP)
63 substanziell besser ausstatten. Wir setzen uns für mehr Transparenz in der
64 koordinierten europäischen Verteidigungsplanung ein, damit der Druck auf
65 Mitgliedsstaaten erhöht wird, ihre Verpflichtungen auch zu erfüllen. Ebenso wollen
66 wir mehr Synergien zwischen den NATO- und EU-Planungsprozessen erzeugen und die
67 verschiedenen Innovationsinitiativen besser koordinieren.

68 **Ein europäischer Binnenmarkt für Verteidigung**

69 Durch mehr gemeinsame Entwicklung und Beschaffung wollen wir mehr Standardisierung
70 und Interoperabilität in Europa erreichen. Wir wollen gemeinsame Rüstungsprojekte
71 aktiv befördern und finanziell unterstützen. Dabei setzen wir auch auf einheitlichere
72 Zertifizierungsverfahren sowie Beschaffungszyklen. Es geht ebenso darum, Regularien
73 in Europa zu harmonisieren, um den Transport von Verstärkungskräften an die NATO-
74 Ostflanke zu erleichtern und zu beschleunigen. Und es geht um eine schrittweise
75 Liberalisierung des europäischen Verteidigungsmarktes für Produkte, die nicht als
76 nationale Schlüsseltechnologien gelten.

77 **Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv verfolgen**

78 Insbesondere in Zeiten der weltweiten Aufrüstung ist es unsere Pflicht als
79 Europäerinnen und Europäer, Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv
80 voranzutreiben, denn sie sind Teil einer vorausschauenden Sicherheitspolitik. Wir
81 werden uns deshalb aktiv für ein internationales Regelwerk zu bewaffneten Drohnen
82 einsetzen sowie Rüstungskontrolle und wirksame Regulierung in den Bereichen
83 Biowaffen, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren. Wir halten an dem
84 langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest.

85 **Gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik**

86 Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass wir einen strategischeren Ansatz
87 in unserer Rüstungsexportpolitik benötigen. Als Sozialdemokratinnen und
88 Sozialdemokraten haben wir jede Waffenlieferung an die Ukraine vorsichtig abgewogen.
89 Für einen Binnenmarkt der Verteidigung ist ein Übereinkommen über Rüstungsexporte auf
90 europäischer Ebene notwendig – unterschiedliche Regeln stehen der gemeinsamen
91 Entwicklung und Produktion entgegen. Wir setzen uns daher für eine gemeinsame und
92 koordinierte europäische Rüstungsexportpolitik ein, die sich an gemeinsamen Werten
93 und strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in
94 die falschen Hände geraten. Wir müssen gleichzeitig unsere strategischen Partner
95 besser und zuverlässiger unterstützen.

96 **2. Eine Europäische Union für alle Europäerinnen und Europäer**

97 Die Erweiterungspolitik der EU war und ist ein Motor für Frieden, Demokratie,
98 Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in Europa. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte
99 fortschreiben. Die Gelegenheit, unsere europäischen Nachbarn bei einer dauerhaften
100 demokratischen Transformation zu begleiten, wollen wir nutzen, auch, damit nicht
101 andere Akteure an die Stelle der EU treten. Denn die Erweiterungspolitik der EU ist
102 eines der wichtigsten Instrumente der EU-Außenpolitik.

103 **Beitritt der westlichen Balkan-Staaten beschleunigen**

104 Vor über 20 Jahren, hat die EU den Staaten des westlichen Balkans eine
105 Beitrittsperspektive gegeben. Nach jahrelanger Verzögerung ist es nun allerhöchste
106 Zeit, die Staaten des westlichen Balkans zügig in die Mitte unserer Gemeinschaft
107 aufzunehmen, wenn die Beitrittskriterien erfüllt sind. Wir setzen uns generell dafür
108 ein, dass erkennbare Zwischenschritte im Erweiterungsprozess etabliert werden und
109 wollen prüfen, inwiefern zum Beispiel der Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt schon
110 vor der vollständigen EU-Mitgliedschaft gewährt werden kann.

111 **Ukraine als Teil der EU**

112 Wir wollen, dass die Ukraine und Moldau ein Teil der EU werden, sobald sie die
113 Aufnahmekriterien erfüllen. Bürgerinnen und Bürger wie Regierung in beiden Ländern
114 lassen keinen Zweifel daran, dass sie die europäische Idee zu leben bereit sind, sich
115 schon heute an den gemeinsamen Werten orientieren und sich nach dem Schutz der
116 Gemeinschaft, in Frieden und Freiheit leben zu können, sehnen. Für eine erfolgreiche
117 Osteuropapolitik wollen wir die Voraussetzungen für die Aufnahme der Ukraine, Moldaus
118 und perspektivisch Georgiens schaffen und den Aufnahmeprozess in die EU politisch
119 absichern. Mit der Erweiterung setzen wir ein klares Zeichen gegen die einseitigen
120 Grenzverschiebungen durch Putins Russland und ermöglichen den Menschen, die nach
121 Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie streben, den Zugang zu unserer
122 Wertegemeinschaft.

123 **Europäische Werte als Grundvoraussetzung**

124 Wir werden die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten noch stärker als bisher an unseren
125 europäischen Grundwerten ausrichten und Demokratie, Menschenrechte und
126 Rechtsstaatlichkeit in den Vordergrund des Prozesses stellen. Die Kopenhagener
127 Kriterien müssen als Grundvoraussetzung immer erfüllt sein. Wenn grundlegende
128 Prinzipien der EU missachtet werden, muss die EU konsequent sein und den Wertekanon
129 der EU auch gegenüber Mitgliedsstaaten schützen.

130 **Beziehung zu unseren Nachbarn vertiefen**

131 Wir wollen flexibler werden in der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn,
132 denn wir profitieren davon, sie näher an uns zu binden. Dafür erkennen wir neben
133 bereits länger etablierten Kooperationsformen auch das Potenzial der sogenannten
134 Europäischen Politischen Gemeinschaft an. Auch unabhängig vom EU-Erweiterungsprozess
135 ist es zentral, Vertrauen aufzubauen und aktiv mit unseren Nachbarn gemeinsame
136 Interessen zu identifizieren, zum Beispiel in den Bereichen nachhaltige Energie,
137 Infrastruktur und Sicherheit.

138 Auch dem demokratischen Ostseeraum kommt eine wichtige Rolle zu. Er gehört zu den
139 innovativsten und wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt. Zu den notwendigen
140 Transformationsleistungen kommen weitere Herausforderungen, die alle Ostseeanrainer
141 gleichermaßen betreffen: der Schutz der Ostsee, das Erlangen von

142 Energieunabhängigkeit, die Neuausrichtung der Sicherheitspolitik, die Bewältigung der
143 Folgen des demografischen Wandels, die Sicherung der Daseinsvorsorge, insbesondere in
144 den ländlichen Räumen, die zukunftsorientierte Entwicklung der Digitalisierung oder
145 die sichere Nutzung von Künstlicher Intelligenz.

146 **3. Die Handlungsfähigkeit der EU stärken**

147 Die Erweiterung der Europäischen Union muss mit Vertragsreformen Hand in Hand gehen.
148 Nur eine handlungsfähige und souveräne Europäische Union wird in der Lage sein, neue
149 Mitglieder aufzunehmen. Schon heute – mit 27 Mitgliedsstaaten – erschweren die
150 Entscheidungsprozesse das Vorankommen der Union und ihre Reaktionsfähigkeit in
151 Krisenzeiten. Angesichts globaler Herausforderungen braucht es effiziente
152 demokratische Entscheidungsstrukturen, die der steigenden Komplexität Rechnung
153 tragen. Eine Grundvoraussetzung für die Erweiterung der Europäischen Union ist daher
154 die Umsetzung institutioneller Reformen. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Konferenz
155 über die Zukunft Europas, an der sich Tausende europäische Bürgerinnen und Bürger
156 beteiligt haben. Gleichzeitig wollen wir das Fundament – die Werte und Demokratien –,
157 auf denen die Europäische Union gebaut ist, stärken. Die Frage der
158 Rechtsstaatlichkeit ist keine innere Angelegenheit des jeweiligen Mitgliedsstaates,
159 sondern ihre Verletzung ist eine Gefahr für die gesamte Union. Nur wenn die EU es
160 schafft, sich ihrer inneren Demokratiefeinde zu erwehren, kann sie sich auch
161 glaubhaft für ihre Werte in der Welt einsetzen.

162 **Entscheidungsprozesse reformieren**

163 Vetorechte einzelner Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat, die das Vorankommen der
164 Union schon heute behindern und als Druckmittel eingesetzt werden, müssen der
165 Vergangenheit angehören. Ein wesentlicher Bestandteil institutioneller Reformen ist
166 es daher, das Einstimmigkeitsprinzip im Rat, wo es heute noch gilt, durch die
167 Einführung von Mehrheitsentscheidungen abzulösen. Das macht die EU schlagfertiger,
168 handlungsschneller und demokratischer. Wenn ein souveränes Europa unser Anspruch ist,
169 dann sind Mehrheitsentscheidungen ein Gewinn und kein Verlust an Souveränität.

170 **Gemeinsame Werte durchsetzen**

171 Die gemeinsamen europäischen Werte gelten für alle Mitgliedsstaaten – ohne Ausnahme.
172 Wir setzen uns nachdrücklich für den Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
173 Menschenrechten in der EU ein. Hierzu setzen wir bestehende Schutzinstrumente mit
174 größerer Härte ein und entwickeln neue Instrumente zum Schutz unserer gemeinsamen
175 Werte. So wollen wir bei Rechtsstaatsverstößen Vertragsverletzungsverfahren deutlich
176 konsequenter einsetzen als bisher. Zudem muss der Europäische Rat dringend das
177 Grundwerte-Verfahren des Artikels 7 des Vertrags über die Europäische Union (EU-
178 Vertrag) anwenden und Mitgliedsstaaten, die systematisch gegen Grundwerte verstoßen,
179 das Stimmrecht entziehen. Nur so können wir kurzfristig verhindern, dass zunehmend
180 undemokratische Mitgliedsstaaten ihre Vetorechte missbrauchen und die Union in
181 Geiselschaft nehmen.

182 Dafür ist es auch notwendig, das Grundwerte-Verfahren des Artikel 7 EU-Vertrag
183 anzupassen. Das Europäische Parlament braucht mehr Mitspracherechte und im Rat darf
184 es nicht länger möglich sein, dass einzelne Mitgliedsstaaten Sanktionen blockieren
185 können. Zudem fordern wir, dass die EU-Kommission Mitgliedsstaaten vor den
186 Europäischen Gerichtshof bringt, die gegen die Werte aus Artikel 2 EU-Vertrag

187 verstoßen. Künftig sollte es auch nicht mehr möglich sein, dass Staaten, die in
188 schwerwiegender Weise gegen die in Artikel 2 genannten Werte verstoßen, die EU-
189 Ratspräsidentschaft übernehmen.

190 **Verstöße finanziell sanktionieren**

191 Außerdem braucht es verschärfte finanzielle Sanktionsmöglichkeiten für Verstöße gegen
192 die gemeinsamen Werte der EU. In den vergangenen Jahren haben wir erreicht, dass
193 Rechtsstaatssündern EU-Gelder vorenthalten werden können. Dieses Mittel müssen wir
194 auf alle Verstöße gegen die Werte des Artikels 2 EU-Vertrag ausweiten, insbesondere
195 auch dann, wenn der Haushalt der Union nicht unmittelbar bedroht ist. Dabei muss die
196 Europäische Kommission hier in Zukunft konsequenter vorgehen. Schließlich fordern wir
197 eine unabhängige Kopenhagen-Kommission, die überwacht, ob Kommission und Rat die
198 bestehenden Instrumente anwenden.

199 **Europäische Demokratie stärken**

200 Ein zentrales Element für eine Stärkung der europäischen Demokratie ist der Ausbau
201 der Rolle des Europäischen Parlaments als zentraler Ort der Vertretung der
202 Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehört ein echtes Initiativrecht, mit dem die direkt
203 gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter Gesetzentwürfe auf den Weg bringen,
204 statt wie bisher nur Vorschläge durch die Kommission einfordern zu können.

205 Wir werden zudem den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, die Leitung der
206 EU-Kommission durch ihr Kreuz am Wahltag direkt mitzubestimmen, indem wir uns für
207 eine rechtliche Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips einsetzen. Wer
208 Kommissionspräsidentin bzw. -präsident werden kann, soll vorher transparent und für
209 alle Bürgerinnen und Bürger ersichtlich feststehen. Dann können die Menschen in der
210 EU die künftige Ausrichtung der europäischen Politik direkt beeinflussen und
211 maßgeblich zur Stärkung der demokratischen Legitimität der Europäischen Union
212 beitragen. Wir vereinen außerdem Kandidatinnen und Kandidaten aus unterschiedlichen
213 Mitgliedsstaaten in einem europäischen Wahlkreis. Diese transnationalen Listen würden
214 die europäische Dimension der Europawahlen stärken und europäische Themen im
215 Wahlkampf in den Vordergrund stellen. Selbstverständlich ist dabei, dass wir uns für
216 paritätisch besetzte Wahllisten einsetzen, damit sich der Frauenanteil in der
217 Gesellschaft auch im Europäischen Parlament widerspiegelt.

218 **Europapolitik, die den Menschen zuhört**

219 Die Demokratie ist Garant für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die
220 Europäischen Institutionen und Entscheidungsprozesse. Nur in einer starken und
221 lebendigen Demokratie können Menschen ihre Wünsche und Interessen frei artikulieren
222 und gemeinsam in der Gesellschaft umsetzen. Die Konferenz zur Zukunft Europas als
223 innovative und partizipatorische Form der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung hat klar
224 den Wunsch nach einer handlungsfähigeren Europäischen Union gezeigt. Wir setzen uns
225 dafür ein, dass diese Vorschläge auch Geltung in der europäischen Gesetzgebung
226 finden. Insbesondere wollen wir dem Vorschlag folgen, das Einstimmigkeitsprinzip dort
227 abzuschaffen, wo es bereits heute im Rahmen der bestehenden Verträge möglich ist. Für
228 die Umsetzung einiger weitergehender Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger ist eine
229 Änderung der EU-Verträge notwendig, da sie entweder Politikbereiche betreffen, in
230 denen die EU noch keine Kompetenzen besitzt oder eine Änderung der institutionellen
231 Architektur der EU notwendig wäre. Daher werben wir bei unseren europäischen Partnern

232 für die Einsetzung eines europäischen Konvents.

233 **Durch Transparenz Vertrauen schaffen**

234 Wir wollen sicherstellen, dass Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls getroffen
235 werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Organe zu stärken.
236 Dafür erhöhen wir die Transparenz und Rechenschaftspflicht der EU-Institutionen,
237 indem wir uns für die Einrichtung einer starken europäischen Ethikbehörde einsetzen,
238 die gemeinsame Ethikstandards für alle EU-Institutionen setzt und deren Umsetzung und
239 Einhaltung kontrolliert.

240 **4. Internationale Partnerschaften strategisch ausbauen**

241 Ein starkes Europa vernetzt sich in der Welt. Die Europäische Union braucht
242 internationale Zusammenarbeit für ihren Wohlstand und ihre Sicherheit. Deshalb
243 stärken wir die regelbasierte internationale Ordnung, koordinieren uns noch enger mit
244 unseren europäischen Partnern und investieren gemeinsam in strategische
245 Partnerschaften. Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich im Rahmen der G7, der G20 und der
246 Vereinten Nationen bereits erfolgreich für die Zusammenarbeit und die Definition
247 gemeinsamer Interessen mit außereuropäischen Staaten eingesetzt – dieses Engagement
248 führen wir fort und bauen wir aus.

249 **Europa zum Partner erster Wahl machen**

250 Viele Staaten im Globalen Süden haben sich von den Verheißungen liberaler Demokratien
251 abgewendet, weil sie ihre Erwartungen nicht erfüllt sehen. Wir wollen, dass Europa
252 darauf reagiert und mit attraktiven und fairen Angeboten Länder wieder als
253 Mitstreiter für Projekte und Initiativen gewinnt, die gemeinsame Werte und Interessen
254 unterstützen. Ungleiche und neoliberale Machtstrukturen in den Nord-Süd-Beziehungen
255 wollen wir aufbrechen, Menschenrechte stärken, Demokratie und eine nachhaltige
256 Entwicklung fördern. Gradmesser für die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern
257 sind für uns die von der Weltgemeinschaft gemeinsam verabschiedeten 17
258 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

259 **Friedenssicherung und Friedensförderung**

260 Viele Staaten der Welt sehen in Europa nicht nur einen Partner für Sicherheit und
261 Wohlstand, sondern auch einen Partner für Frieden. Es ist an der Zeit, dass Europa
262 für Friedenssicherung und Friedensförderung mehr Verantwortung übernimmt. Konflikte
263 und Kriege haben oft soziale, ökonomische und ökologische Ursachen. Die gilt es,
264 frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Eine feministische Außen- und
265 Friedenspolitik ist dafür eine unverzichtbare Grundlage. Internationale Kultur- und
266 Bildungspolitik sind weitere gewichtige Faktoren in der Konfliktprävention. Dafür ist
267 es zentral, Zivilgesellschaft einzubinden und vor allem zivile Konfliktprävention
268 umfangreicher zu fördern. Damit investieren wir in nachhaltig positive Erfahrungen
269 mit Europa und fördern Bildungs-, Kultur- sowie Wissenschaftsaustausch. Wir werden
270 uns für eine ausreichende Finanzierung starkmachen.

271 **Transatlantische Partnerschaft stärken**

272 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine lässt die transatlantischen
273 Gemeinsamkeiten so stark hervortreten wie lange nicht. Die USA sind Europas
274 wichtigster Sicherheitspartner weltweit sowie einer der zentralsten Wirtschafts- und
275 Handelspartner. Wir wollen die Handelsbeziehungen weiter vertiefen, indem wir zum

276 Beispiel die Strukturen des EU-US Trade and Technology Councils besser nutzen.
277 Fernziel ist ein gemeinsamer transatlantischer Wirtschaftsraum mit fairen
278 Handelsbedingungen, in dem Industriezölle abgeschafft, Marktzugangsbarrieren für
279 Zukunftstechnologien, besonders der Dekarbonisierung, Digitalisierung und
280 Kreislaufwirtschaft, abgebaut und gemeinsame Standards festlegt sind.

281 **Gemeinsame Europäische Chinapolitik**

282 China ist für uns Partner, Wettbewerber und Systemrivale. Ohne China sind zentrale
283 globale Herausforderungen nicht zu bewältigen. Die Bedeutung Chinas als wichtiger
284 Absatzmarkt für europäische Unternehmen ist hoch. Gleichzeitig stehen europäische
285 Firmen im Wettbewerb mit chinesischen um Marktanteile und Innovationen – und China
286 arbeitet an einem Umbau des internationalen Systems zu seinen Gunsten. Wir wollen,
287 dass Europa mit einer Stimme für seine Interessen und Werte spricht und fordern
288 deshalb die Entwicklung einer klaren und konsistenten europäischen Strategie für die
289 Beziehungen zu China, die vorhandene Konzepte und Beschlüsse integriert und wenn
290 nötig anpasst. Wir wollen die Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen
291 vorantreiben, die Achtung und universelle Gültigkeit der Menschenrechte fördern und
292 den Multilateralismus stärken. Gleichzeitig brauchen wir eine europäische
293 Resilienzstrategie, die Risiken verringert (De-Risking), auch mit Blick auf den
294 Schutz kritischer Infrastruktur in Europa. Wir müssen unsere Wirtschaftsbeziehungen
295 diversifizieren, um wirtschaftliche Abhängigkeiten zu minimieren, insbesondere bei
296 der Rohstoff-Beschaffung nach dem Prinzip „China plus eins“, bei dem wir neben China
297 immer auch alternative Lieferanten haben. Dazu gehört auch, dass wir neben dem
298 europäischen Lieferkettengesetz auch den Import von Produkten aus Zwangsarbeit
299 untersagen.

300 **Reform der Vereinten Nationen vorantreiben**

301 Um die Herausforderungen unserer Zeit – Armut, Klimawandel, Verlust der
302 Biodiversität, Migration, Pandemien, Kriege – zu bewältigen, braucht es globale
303 Antworten. Diese können nur im Rahmen einer regelbasierten internationalen Ordnung
304 entstehen. Wir wollen deshalb gemeinsam auf funktionierende multilaterale
305 Institutionen und internationale Abkommen hinwirken. Die Zusammenarbeit der EU
306 innerhalb der Vereinten Nationen möchten wir weiter verstärken. Wir wollen, dass der
307 Sicherheitsrat der Vereinten Nationen repräsentativer wird. Wir setzen uns deshalb
308 für eine Reform des Sicherheitsrates ein, bei der zunächst der Sicherheitsrat um
309 Nationalstaaten, vor allem des Globalen Südens, erweitert wird. Für die Europäische
310 Union wollen wir mehr Mitwirkungsrechte in der UN schaffen. Wir wollen zudem die
311 Weltgesundheitsorganisation politisch und finanziell stärken. Als Lehre aus den
312 Pandemie-Jahren wollen wir kurzfristig und dauerhaft eine Kooperation etablieren, die
313 für globale Teilhabe an Technologie, notwendigem Wissen, Daten und Informationen
314 sorgt. Gemeinsam werden wir uns besser auf zukünftige Pandemien und auf die
315 Auswirkungen des Klimawandels auf das Gesundheitswesens vorbereiten.

316 **Entwicklungszusammenarbeit verstärkt europäisch denken**

317 Die EU ist bereits jetzt – zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten – weltweit die größte
318 Geberin in der Entwicklungszusammenarbeit und die größte Demokratieförderin. Diese
319 Stellung wollen wir ausbauen – sowohl im Interesse der Partnerländer als auch im
320 eigenen Interesse, denn es ist eine langfristige Investition, um die Agenda 2030 zu
321 erreichen und Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten. Wir stehen zu der

322 Zielvorgabe, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
323 Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Ein besonderer Fokus muss dabei auf die am
324 wenigsten entwickelten Länder (LDCs) gesetzt werden. Auch in der Entwicklungspolitik
325 ist uns ein feministischer Ansatz wichtig. Projekte sollen gemeinsam mit unseren
326 Partnern im Globalen Süden und mit besonderem Hinblick auf soziale, ökologische und
327 geschlechterspezifische Ungleichheiten sowie den Kampf gegen den Klimawandel
328 weiterentwickelt werden. Wir setzen uns für eine gemeinsame Ausrichtung unserer
329 globalen Entwicklungszusammenarbeit ein und wollen unsere Kräfte auf europäischer
330 Ebene besser bündeln. Deshalb wollen wir die Rolle des Kommissars bzw. der
331 Kommissarin für internationale Partnerschaften weiter aufwerten und die
332 Aufsichtsfunktion des Europäischen Parlaments stärken, um sicherzustellen, dass
333 entwicklungspolitische Projekte zielgenau umgesetzt werden.

334 Die Europäische Initiative Global Gateway braucht einen Neustart, auch um eine
335 sichtbare Antwort auf Chinas Belt and Road Initiative (Neue Seidenstraße) sein zu
336 können. Dazu wollen wir die Förderung von Infrastrukturprojekten besser koordinieren
337 und bündeln. Europäische Investitionen in zukunftsrelevante Infrastrukturen müssen
338 aus einem Guss kommen. Wir werden dafür sorgen, dass die Investitionen gemeinsam mit
339 den Partnerländern entwickelt und umgesetzt werden, um nachhaltig und vor Ort wirksam
340 zu werden. Erfolgreiche Projekte, wie der auf dem G20-Gipfel in Neu-Delhi von uns mit
341 unseren Partnern initiierte neue Transportkorridor zwischen Indien und Europa, zeigen
342 die geopolitische Relevanz solcher Offensiven.

343 **Finanzielle Räume für Entwicklung schaffen**

344 Wir setzen uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr
345 Steuergerechtigkeit, Transparenz und Auskunftsrechte sowie eine globale
346 Mindestbesteuerung ein, damit gerade unsere internationalen Partner ihre erreichte
347 Wertschöpfung für Investitionen in ihre Zukunft nutzen können. Wir befürworten
348 konditionierte Entschuldungsprogramme, bei denen die Ersparnisse des Schuldenschnitts
349 gezielt in soziale und nachhaltige Vorhaben investiert werden. Wir brauchen deshalb
350 einen Schuldenschnitt für die Länder des Globalen Südens, der staatliche,
351 zwischenstaatliche und private Institutionen miteinbezieht.

352 Wir wollen zudem weitere Investitionspartnerschaften etablieren, um öffentliche und
353 private Investitionen für die Entwicklung von nachhaltigen Wertschöpfungsstrukturen
354 zu bündeln und durch progressive Regulierung sozialökologisches Wachstum zu
355 ermöglichen. Dabei stellen wir sicher, dass das Ziel der Bekämpfung von Ungleichheit
356 im Fokus steht.

357 **5. Eine neue Ausrichtung für die europäische Handelspolitik**

358 Die nachhaltige Entwicklung Europas und gute Arbeitsplätze in Deutschland hängen
359 maßgeblich vom Handel ab. Gleichzeitig wissen wir: Der neoliberale Traum, dass Handel
360 automatisch zu Wohlstandsgewinnen für alle, politischem Wandel und mehr Sicherheit in
361 der Welt führt, ist ausgeträumt. Wirtschaftliche Mittel werden zudem in unserer
362 globalisierten Welt immer öfter genutzt, um geopolitische Konflikte auszutragen. Wir
363 brauchen deshalb eine progressive Handelspolitik, die die Lebensrealitäten der
364 Menschen verbessert – nicht nur in Europa, sondern auch bei unseren Handelspartnern.
365 Wir wollen ein starkes Europa, das widerstandsfähig ist und wirtschaftspolitische
366 Mittel strategisch einsetzt, um unsere Werte und Interessen zu schützen.

367 **Handelspartner diversifizieren – insbesondere im Bereich Rohstoffe**

368 Die jüngsten Krisen haben deutlich gemacht, dass Europa in sensiblen Bereichen unter
369 einseitigen Abhängigkeiten leidet – sei es bei Importen von Energieträgern,
370 Rohstoffen, seltenen Erden oder Medikamenten. Deswegen wollen wir unsere
371 Handelspartner und Lieferketten diversifizieren und dadurch ein resilientes Europa
372 schaffen, das in zukünftigen Krisen auf sicheren Beinen steht. Ein besonderer Fokus
373 liegt dabei auf Rohstoffen, die für die sozialökologische Transformation zentral
374 sind. Wir brauchen deshalb gleichberechtigte Kooperationen mit rohstoffreichen
375 Staaten. Diese Kooperationen müssen die politischen Interessen und ökonomischen
376 Entwicklungserfordernisse unserer Partner als zentral erachten – beide Seiten müssen
377 von Rohstoffpartnerschaften profitieren. Insbesondere Entwicklungs- und
378 Schwellenländern muss dabei mehr eigene, lokale Wertschöpfung ermöglicht werden, auch
379 durch gezielte Unterstützung. Dabei achten wir im Sinne des Lieferkettengesetzes
380 darauf, negative Auswirkungen auf Menschenrechte, Umwelt und Klima zu vermeiden.

381 **Durchsetzbare Standards in europäischen Handelsabkommen verankern**

382 Handelsabkommen, die allein den Abbau von Zollschränken und die Liberalisierung von
383 Märkten zum Ziel haben, sind nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen wollen wir umfassende
384 Handels- und Investitionsabkommen, die verbindliche soziale (u. a. ILO-
385 Kernarbeitsnormen, Governance Conventions), menschenrechtliche und ökologische
386 Standards zum Schutz von Beschäftigten und der Umwelt sowie konkrete Beschwerde-,
387 Überprüfungs- und Folgemechanismen enthalten, die wir gemeinsam und auf Augenhöhe mit
388 unseren Handelspartnern umsetzen. Unser Ziel ist es, dass in Zeiten des globalen
389 technologischen Wandels auch digitale Rechte im Handelsabkommen verankert werden.
390 Gleichzeitig halten wir sektorspezifische Handelskooperationen (wie z. B. den US-EU-
391 Handels- und Technologierat) für sinnvoll, um globale Standards zu setzen und
392 strategische Partnerschaften auszubauen.

393 **Kompetenzen und Instrumente im Bereich Geoökonomie ausbauen**

394 Wir setzen uns für eine Europäische Union ein, die ihre Kompetenzen in der
395 Außenwirtschaftspolitik bündelt und souveräne europäische Entscheidungen schützt und
396 verteidigt. Wir wollen unsere Wirtschaftsbeziehungen und Abhängigkeiten fortlaufend,
397 vorausschauend und tiefgehend analysieren, damit wir Risiken frühzeitig erkennen.
398 Außerdem werden wir weiter an einer breiten Palette an geoökonomischen Instrumenten
399 arbeiten, die nötig sind, um auf unterschiedliche Herausforderungen reagieren zu
400 können. Die von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorangetriebene
401 Einführung des Handelsinstruments gegen wirtschaftlichen Zwang ist in dieser Hinsicht
402 eine wichtige Ergänzung des Instrumentenkastens. Wir wollen der Europäische Union mit
403 diesen Instrumenten nicht nur die Möglichkeit geben, sich als geopolitische Spielerin
404 zu behaupten, sondern auch, dass sie diese Rolle einnimmt und mit Leben füllt.

405 **Internationale Regeln für Handel stärken**

406 Wir setzen uns für einen freien, gerechten und regelbasierten Welthandel ein. Wir
407 wollen die Reform des Streitbeilegungssystems der Welthandelsorganisation sowie die
408 Einbeziehung von Klima- und Menschenrechtszielen in die Regeln und Normen des
409 internationalen Handels vorantreiben. Wir werden uns für eine Aktualisierung des
410 Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen einsetzen, um den
411 zunehmenden globalen Subventionswettbewerb wirksam zu steuern. Es ist von

412 entscheidender Bedeutung, einen Rahmen zu schaffen, der die Transparenz in Bezug auf
413 den tatsächlichen Einsatz von Subventionen erhöht, was auch ein entscheidender
414 Schritt zur Regulierung dieses Wettlaufs ist.

415 **6. Eine solidarische Flüchtlingspolitik**

416 Weiterhin sind weltweit sehr viele Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Sie
417 fliehen vor Gewalt, Terror und Verfolgung. In überwiegender Zahl suchen sie als
418 Binnenflüchtlinge Schutz in anderen Teilen ihres Landes oder in Nachbarstaaten ihrer
419 Region. Für nicht wenige ist aber auch die Europäische Union der Ort, um endlich
420 Sicherheit und Frieden zu finden. Denn die Gemeinschaft der 27 Mitgliedsstaaten ist
421 trotz vielerlei Herausforderungen weiterhin ein Hort der Rechtsstaatlichkeit und
422 Humanität. In diesem Sinne wollen wir die Europäische Union stärken, damit sie als
423 starke Gemeinschaft eine humanitäre Antwort für die Menschen gibt, die unseren Schutz
424 und Zuflucht benötigen.

425 **Humanitäre Verantwortung wahren**

426 Aus unserer eigenen Geschichte heraus ist das Recht auf Asyl, als Eckpfeiler
427 sozialdemokratischer Politik, fest in unseren Grundwerten verankert und für uns nicht
428 verhandelbar. Für uns besteht kein Zweifel daran, dass wer des Schutzes bedarf, auch
429 Zuflucht finden sollte. Unsere Migrationspolitik beruht deshalb auf dem Grundprinzip
430 der Humanität. Gleichzeitig benötigen wir – um die Zustimmung zu einer am Grundsatz
431 der Humanität ausgerichteten Asyl- und Flüchtlingspolitik zu erhalten – ebenfalls
432 Ordnung und Steuerung bei der Migration. Ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten der
433 Europäischen Union müssen in der Flüchtlingspolitik ihren europäischen, wie
434 völkerrechtlichen Verpflichtungen selbstverständlich nachkommen. Wir fordern, dass
435 die Verantwortung der Europäischen Union entsprechend der von allen Mitgliedsstaaten
436 unterzeichneten Regelungen und Verpflichtungen auch tatsächlich solidarisch getragen
437 wird.

438 **Ein solidarisches Gemeinsames Europäisches Asylsystem**

439 Es ist gut, dass sich nach jahrelangem Streit die Mitgliedsstaaten der Europäischen
440 Union und das Europäische Parlament auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen
441 Asylsystems (GEAS) geeinigt haben. Diese wichtige Einigungsfähigkeit der Europäischen
442 Union muss sich jetzt in der Praxis beweisen. Wir wollen, dass ein gemeinsames System
443 nicht länger nur auf dem Papier existiert, sondern von allen Mitgliedsstaaten
444 angemessen getragen wird und den schutzsuchenden Menschen in der Praxis Hilfe
445 leistet. Für die SPD gilt dabei unmissverständlich: Das individuelle Menschenrecht
446 auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die unumstößliche Basis für
447 dieses Gemeinsame Europäische Asylsystem. Das war und ist für uns nicht verhandelbar.
448 Deshalb stellen wir klar, dass ein faires Asylverfahren mit hohen rechtsstaatlichen
449 Standards immer auch in Grenzverfahren gewährleistet sein muss.

450 **Besonderer Schutz für allein reisende minderjährige Flüchtlinge und Familien**

451 Wir konnten uns durchsetzen, dass allein einreisende Minderjährige grundsätzlich von
452 einem Grenzverfahren ausgenommen sind. Darüber hinaus haben wir uns dafür eingesetzt,
453 dass die Ausnahme auch für Familien mit Kindern und weitere vulnerable Gruppen gelten
454 soll. Zwar ist erreicht, dass für Familien mit Kindern in den Grenzverfahren eine
455 kindgerechte Unterbringung gewährleistet werden muss. Aber wir wollen weiterhin, dass
456 Familien mit Kindern, wie auch andere vulnerable Gruppen grundsätzlich von den

457 Grenzverfahren ausgenommen werden. Deshalb ist es gut, dass die Europäische
458 Asylagentur verpflichtet ist, ein besonderes Augenmerk auf die Aufnahme-Bedingungen
459 für diese Gruppen zu richten. Sollte sich zeigen, dass eine kindgerechte Betreuung
460 hier nicht gewährleistet werden kann, so muss umgehend gehandelt und Familien mit
461 Kindern müssen von den Grenzverfahren ausgenommen werden. Das Gleiche fordern wir für
462 andere vulnerable Gruppen, bspw. für queere Schutzsuchende.

463 **Rechtsschutz auch in Grenzverfahren gewährleisten**

464 Für uns bleibt es entscheidend, dass auch in Grenzverfahren das uneingeschränkte und
465 individuelle Recht auf Asyl und humanitäre Bedingungen gewahrt bleiben.

466 Schutzsuchende, deren Asylgesuch in einem beschleunigten Asylverfahren geprüft wird,
467 sollen daher regelmäßig die Möglichkeit der Rechtsberatung und Hinzuziehung eines
468 Rechtsbeistands erhalten. Die angestrebten Beschleunigungen im Asylverfahren dürfen
469 keineswegs zu Rechtsschutzeinschränkungen führen. Wir setzen uns weiter dafür ein,
470 dass Rechtsmittel grundsätzlich eine aufschiebender Wirkung haben.

471 Wir fordern bei der Gewährleistung des Außengrenzschatzes der EU die Einhaltung aller
472 humanitären und rechtsstaatlichen Vorschriften. Wir stellen klar: Pushbacks sind eine
473 eklatante Verletzung des Völkerrechts. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung
474 von Behörden der Mitgliedsstaaten oder von Frontex darf es unter keinen Umständen
475 geben. Illegale Zurückweisungen müssen unverzüglich eingestellt und sanktioniert
476 werden. Wir unterstützen daher ausdrücklich ein unabhängiges Monitoring aller
477 nationalen Aktivitäten im Kontext Migration und Asyl. Dabei muss insbesondere die
478 Europäische Grenzschutzagentur Menschenrechtsverletzungen aufklären und, wo immer
479 möglich, verhindern. Damit die EU-Außengrenzen rechtsstaatlich und sicher sind,
480 braucht es weiterhin eine umfassende Prüfung der systematischen und strukturellen
481 Probleme der größten EU-Agentur.

482 **Pflicht zur Solidarität**

483 Die beschlossene Pflicht zur Solidarität aller Mitgliedsstaaten ist ein großer
484 Schritt, mit der die Europäische Union als Ganzes ihrer humanitären Verantwortung
485 nachkommt. Dies gilt vor allem für die Mitgliedsstaaten – wie Deutschland –, die in
486 erheblichem Umfang Schutzsuchende aufgenommen haben. Deshalb muss diese Pflicht zur
487 Solidarität aller Mitgliedstaaten fortan durchgesetzt werden. Um dabei insbesondere
488 solidarische Kommunen zu unterstützen, fordern wir auf europäischer Ebene einen
489 zusätzlichen Fonds für die Aufnahme Geflüchteter sowie für notwendige kommunale
490 Infrastruktur.

491 **Hohe Standards für gemeinsame sichere Herkunftsstaaten**

492 Schutzsuchende, die aus einem sicheren Herkunftsland eingereist sind und dorthin
493 zurückgeführt werden sollen, müssen die Möglichkeit bekommen, hiergegen Rechtsmittel
494 einzulegen. Zudem braucht es verlässliche rechtsstaatliche Kriterien für
495 Herkunftsländer, um sie als sicher einstufen zu können. Diese Einstufung muss
496 regelmäßig überprüft werden.

497 **Mehr Wege für legale Arbeitsmigration nach Europa**

498 Viele, die ein Schutzgesuch in der Europäischen Union stellen, haben sich auf den Weg
499 gemacht, um hier zu arbeiten. Es muss klar sein, dass das der falsche Weg ist.
500 Gleichzeitig müssen wir mehr Wege schaffen und aufzeigen, wie man aus Drittstaaten
501 Zugang auf den europäischen Arbeitsmarkt bekommt. Denn vielerorts in Europa gibt es

502 nicht nur (mehr) im hochqualifizierten Bereich einen akuten Mangel an Arbeitskräften.
503 Deshalb wollen wir einen Ausbau der bestehenden Möglichkeiten (bspw. Blaue Karte EU)
504 und eine zügige Harmonisierung der nationalen Zugangsmöglichkeiten. Als Vorbild
505 könnte hier das in Deutschland geschaffene Fachkräfteeinwanderungsgesetz dienen, das
506 sich ausdrücklich nicht nur an Hochqualifizierte richtet. Zudem sollte sich eine von
507 einem Mitgliedsstaat ausgesprochene ordentlich Arbeitserlaubnis grundsätzlich (etwa
508 nach einer bestimmten Frist) auch auf die Möglichkeit erstrecken, in anderen
509 Mitgliedsstaaten arbeiten zu dürfen.

510 **Sicherere und legale Fluchtwege schaffen**

511 Wir wollen legale Zugangswege für geflüchtete Menschen schaffen. Dabei spielt die
512 gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern des UNHCR (Resettlement)
513 eine wichtige Rolle. Entsprechende Programme sind bereits freiwillig möglich. Wir
514 wollen, dass diese gut steuer- und kontrollierbare Maßnahme verstärkt genutzt wird.
515 Dabei ist klar, dass wir das individuelle Recht auf Asyl in Europa verteidigen und
516 eine Auslagerung des Asylsystems auf Drittstaaten ablehnen. Auch braucht es sicherere
517 Fluchtrouten, um das Sterben vor allem auf dem Mittelmeer zu verhindern. Deshalb
518 treten wir unter anderem weiter für humanitäre Visa ein: Menschen mit
519 Verfolgungsgeschichte sollen an Auslandsvertretungen der Europäischen Union eine
520 kursorische Asyl-Vorprüfung erhalten, um ihnen hiernach den lebensgefährlichen Weg
521 über das Mittelmeer zu ersparen.

522 **Fluchtursachen bekämpfen**

523 Mit Gewalt ausgetragene Konflikte, staatliche Repression, Diskriminierung und massive
524 Menschenrechtsverletzungen, Armut und die Auswirkungen des Klimawandels gehören zu
525 den wichtigsten Auslösern von Fluchtbewegungen. Entwicklungspolitische Maßnahmen, die
526 die Krisenanfälligkeit eines Landes verringern und den gesellschaftlichen
527 Zusammenhalt verbessern, leisten daher einen wichtigen Beitrag zur Minderung von
528 Fluchtursachen. Deshalb wollen wir, dass Deutschland verstärkt dabei unterstützt, die
529 politische und wirtschaftliche Situation zu stabilisieren, nach Konflikten zerstörte
530 Strukturen wiederaufzubauen sowie Bildungs- und Beschäftigungschancen zu verbessern.

531 Wir wollen ein faires Welthandels-, Währungs- und Finanzsystem, das den Globalen
532 Süden nicht übervorteilt, sondern dafür Sorge trägt, dass die Wertschöpfung in den
533 entsprechenden Ländern steigt und damit die Grundlage für ein gutes Leben vor Ort
534 geschaffen wird und erhalten bleibt.

535 In überwiegender Zahl suchen Menschen als Binnenflüchtlinge oder in Nachbarstaaten in
536 ihrer Region Schutz. In vielen Fällen sind diese Regionen ebenfalls von Konflikten
537 und fragilen Strukturen geprägt. Wir wollen, dass die EU diese Staaten solidarisch
538 unterstützt, die Versorgung der Flüchtlinge und Migranten zu stemmen sowie soziale
539 und wirtschaftliche Verteilungskonflikte mit der lokalen Bevölkerung zu verhindern.

540 Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Mittel noch viel stärker dort eingesetzt werden, wo
541 sie wirken und wo Unterstützung dringend notwendig ist: in den Aufnahmeländern, für
542 den Aufbau von langfristigen Strukturen, für Menschenrechtsschutz. Wir fordern, dass
543 mindestens die Hälfte dieser Mittel in langfristige Investitionen zum Schutz und zur
544 Versorgung von Flüchtlingen in Aufnahmeländern sowie in den Ausbau von regulären
545 Migrationswegen fließt.

546 **Sterben auf dem Mittelmeer beenden: Seenotrettung und sichere Fluchtrouten**

547 Das Sterben auf dem Mittelmeer muss aufhören. Die Seenotrettung ist eine
548 Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht. Zivile Seenotrettung, die diese
549 Aufgabe und humanitäre Verantwortung übernimmt, Menschen aus Not zu retten, darf
550 demnach auch nicht kriminalisiert werden und wird weiter von uns unterstützt.
551 Letztendlich wollen wir, dass Seenotrettung innerhalb der EU staatlich gewährleistet
552 wird und sicherere Fluchtwege geschaffen werden.

553 **Kommunen entlasten**

554 Der erfolgreiche Neustart des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems kann nur gelingen,
555 wenn die neuen Regeln überall umfassend umgesetzt werden. Durch die Einführung eines
556 europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds sollen Städte und
557 Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, bei den
558 Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten
559 finanziell unterstützt werden. In diesem Rahmen sollen die Bürgerinnen und Bürger
560 zudem über die Ausgestaltung der Aufnahme von Flüchtlingen mitbestimmen können.
561 Zugleich setzen wir harmonisierte europäische Regeln für den Zugang zu Ausbildung und
562 Arbeit um. Das gilt für eine Ausweitung der sogenannten Blauen Karte EU aber auch für
563 vereinfachte Regeln für längerfristige Aufenthalte in der EU.

Antrag : IV. Ein Europa des Respekts

1 Wir wollen eine Europäische Union, die fest zusammenhält. Auch und besonders, wenn
2 die Zeiten herausfordernd sind. Die Grundlage dafür ist ein Europa des Respekts. Auf
3 der Grundlage unserer gemeinsamen Werte Freiheit, Demokratie, Frieden und
4 Gerechtigkeit wollen wir den Wohlstand für viele, nicht nur für wenige. Respekt heißt
5 für uns, unterschiedliche Lebensentwürfe zu respektieren und zu schützen. Es spielt
6 keine Rolle, welche soziale oder geografische Herkunft man hat, wie man lebt und wen
7 man liebt, ob man jung oder alt ist, Akademikerin oder Hilfsarbeiter. Weil wir
8 Respekt haben vor jedem und jeder Einzelnen, sorgen wir für gleiche Chancen, ein
9 Recht auf Teilhabe, gute Bildung und gute Arbeit. Sie sind die Grundlagen für ein
10 selbstbestimmtes Leben. Respekt heißt deshalb auch für gute Arbeit zu sorgen,
11 verbunden mit dem Versprechen der Solidarität.

12 Wir sind Deutsche, regional verwurzelt, wir sind aber auch Europäerinnen und
13 Europäer. Beides erfüllt uns gleichermaßen mit Stolz. Die Europäische Union ist
14 unsere Gemeinsamkeit, die uns ohne Angst und Träumereien verschieden sein lässt. Mit
15 ihren gemeinsamen Werten stiftet die Europäische Union Identität. Auf dieser
16 identitätsstiftenden Gemeinsamkeit bauen wir zuversichtlich die Zukunft der
17 Europäischen Union auf. Dagegen missbraucht die rechtspopulistische Politik der Aus-
18 und Abgrenzung die bereichernde Vielfalt in der EU als Feindbild. Sie ist respektlos
19 und menschenfeindlich. Ihrer Negativität mit ihren scheinbar einfachen, untauglichen
20 Antworten, aber insbesondere ihren Lügen und ihrem Hass, stellen wir uns robust und
21 geschlossen entgegen.

22 Es sind die gelebten gemeinsamen Werte, die alle Mitgliedsstaaten in der Europäischen
23 Union auf Augenhöhe zusammenkommen lassen – unabhängig von ihrer Größe,
24 Wirtschaftskraft oder gar militärischen Stärke. Der Respekt für den Einzelnen ist die
25 historische Einzigartigkeit der Europäischen Union. Wir wollen sie stärken zum Nutzen

26 und Wohle aller Unionsbürgerinnen und -bürger.

27 **1. Für gute Arbeit sorgen**

28 Aus unserer Geschichte der Arbeiterbewegung heraus ist uns klar, dass wahrer Respekt
29 für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur entstehen kann, wenn sie auf Augenhöhe
30 ihre Interessen kollektiv vertreten und verhandeln können. Das gilt im Kleinen wie im
31 Großen. Dennoch haben wir als Staat eine Verantwortung für gute Rahmenbedingungen,
32 ebenso wie für die grundlegenden Regeln im Arbeitsschutz und bei den Löhnen. Für die
33 SPD ist zentrale Voraussetzung für die Gestaltung einer guten Zukunft für alle
34 Europäerinnen und Europäer, dass alle vor uns stehenden Veränderungen nur gemeinsam
35 mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften gestaltet werden können. Dafür braucht
36 es in Deutschland und Europa starke Mitbestimmung, hohe Tarifbindung und eine aktive
37 Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, bei denen die Interessen der Beschäftigten im
38 Mittelpunkt stehen.

39 **Soziale Rechte stärken**

40 Wir wollen keine prekäre Arbeit in Europa, sondern gute Arbeit. Dafür werden wir die
41 Europäische Säule sozialer Rechte weiter entschieden national wie europäisch
42 umsetzen. Mit gemeinsamen Mindeststandards für Arbeitsmärkte und Sozialpolitik hat
43 die Europäische Union einen wichtigen Schritt unternommen hin zur Angleichung der
44 Lebensverhältnisse in Europa. Dies hat auch in Deutschland zu Verbesserungen geführt
45 (Tariftreue im Vergaberecht, Mindestlohnrichtlinie...), die ohne die Sozialdemokratie
46 niemals durchgesetzt worden wären. Diesen richtigen gemeinsamen Weg wollen wir
47 fortsetzen. Dafür werden wir auch die Kriterien für gute Arbeit noch stärker in der
48 europäischen Strukturpolitik verankern, in den Strukturfonds und in den
49 Regionalbeihilfen. Hier wollen wir Tarifbindung, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie
50 Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung als feste Bestandteile der Vergaberegeln
51 verankern.

52 **Gerechte Bezahlung für alle**

53 Wer Vollzeit arbeitet, muss von der Bezahlung leben können. Dafür war die EU-
54 Mindestlohnrichtlinie ein wichtiger Schritt. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten
55 dazu, Aktionspläne aufzustellen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Ziel ist, dass 80
56 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen erfasst werden. Denn tarifliche
57 Bezahlung sollte die Regel sein. Sie sorgt für bessere Bezahlung und
58 Arbeitsbedingungen. Europa kann mehr tun, um die nationale Tarifbindung weiter zu
59 stärken. Dafür soll die Vergabe von EU-Mitteln künftig stärker an Bedingungen wie
60 gute Arbeit und Tarifverträge geknüpft werden. Durch die Aufnahme einer
61 verpflichtenden Tariftreueklausel werden wir daher die Konzessions- und Vergabe-
62 Richtlinien weiterentwickeln. Außerdem kämpfen wir für einen rechtlichen Status für
63 europäische Künstlerinnen und Künstler mit EU-weiten Standards für deren
64 Mindestvergütung, Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung.

65 **Digitale Dividende für alle**

66 Digitale Produktivitätsgewinne müssen zu Arbeitszeitverkürzungen für alle
67 Beschäftigten führen und nicht zur Arbeitsverdichtung. Auch die Mitbestimmung muss im
68 Zusammenhang mit der digitalen Transformation gestärkt werden. Wir wollen die
69 Expertise der Beschäftigten stärker miteinbeziehen, wenn es um die Digitalisierung
70 von Prozessen oder gar um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz geht. Unser Ziel

71 ist, die Souveränität und Selbstbestimmung von Beschäftigten zu stärken.

72 **Beschäftigte besser vor Ausbeutung schützen**

73 Freizügigkeit und faire Mobilität gehören zusammen. Wir wollen die sozialen Rechte
74 mobiler EU-Bürgerinnen und -bürger verbessern und sie vor Ausbeutung und
75 Diskriminierung schützen. Deshalb setzen wir uns für eine einheitliche europäische
76 Sozialversicherungsnummer bzw. für den digitalen Sozialversicherungspass ein. Die
77 Reform der Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme muss den Sozialschutz mobiler
78 Beschäftigter sicherstellen und Missbrauch wirksam bekämpfen. Zudem wollen wir
79 erreichen, dass gegen Lohnraub, Lohn- und Sozialversicherungsbetrug entschiedener
80 vorgegangen und durch Mindeststandards für Unterkünfte die unwürdige Unterbringung
81 von mobilen Beschäftigten beendet wird. Wir wollen mehr nationale wie europäische
82 Kontrollen, eine stärkere Koordinierung sowie die Ausweitung von Beratungsstellen zur
83 Fairen Mobilität in ganz Europa erreichen, um die Lage der Arbeitnehmerinnen und
84 Arbeitnehmer zu verbessern. Dazu gehören auch eine Ausweitung des Mandats der
85 Europäischen Arbeitsagentur für die Kontrolle von Beschäftigten aus Drittstaaten,
86 Subunternehmerketten, privaten Arbeitsvermittlungen, besserer Zugang zu Daten und
87 mehr Kompetenzen bei grenzüberschreitenden Kontrollen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn
88 für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss in allen Mitgliedsstaaten durchgesetzt
89 werden. Wir brauchen eine ehrgeizige Richtlinie zur Plattformarbeit, die einen Rahmen
90 schafft, mit dem Scheinselbständigkeit bekämpft wird und kollektive Rechte gestärkt
91 werden. Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb in der
92 europäischen Logistikbranche ein, insbesondere für LKW-Fahrerinnen und -fahrer.
93 Außerdem wollen wir eine EU-Richtlinie zum Schutz vor psychischen Belastungen, um auf
94 die Zunahme von Stress, Arbeitsverdichtung und Zeitdruck zu reagieren.

95 **Für ein europäisches Lieferkettengesetz**

96 Darüber hinaus wollen wir auch außerhalb der Europäischen Union unseren Beitrag
97 leisten für faire Arbeitsbedingungen, den Schutz von Menschenrechten, den
98 Umweltschutz und den Kampf gegen den Klimawandel. Das deutsche Lieferkettengesetz ist
99 hier ein erster wichtiger Schritt, den wir um ein starkes europäisches
100 Lieferkettengesetz ergänzen. Wir wollen so verhindern, dass Produkte, die durch
101 Zwangsarbeit oder Ausbeutung von Mensch und Natur hergestellt werden, überhaupt in
102 den europäischen Binnenmarkt gelangen. Deshalb unterstützen wir die Verordnung über
103 ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten, mit starken Kompetenzen der
104 EU-Kommission.

105 **Gute Arbeit durch starke Arbeitnehmerrechte**

106 Die Mitbestimmung ist ein zentrales Element der Stärkung von Demokratie in den
107 Unternehmen und Betrieben. Mitbestimmte Unternehmen sind innovativer und
108 erfolgreicher. Wir wollen deshalb die Mitbestimmung stärken. Mit einer EU-
109 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Unternehmensmitbestimmung soll der
110 Flickenteppich unterschiedlicher Mitbestimmungsregeln zusammengefasst werden.
111 Zusätzlich muss die Demokratie am Arbeitsplatz im Rahmen einer Reform des
112 europäischen Gesellschaftsrechts gestärkt werden. Bei nachträglichem Überschreiten
113 nationaler Schwellenwerte für die Geltung der Mitbestimmung muss es eine
114 Nachverhandlungspflicht geben. Zudem wollen wir die Europäischen Betriebsräte (EBR)
115 im Rahmen der Richtlinie stärken. Das gilt vor allem bezüglich des Zugangs zu
116 Gerichten, der Definition von grenzüberschreitenden Angelegenheiten und angemessenen

117 Sanktionen.

118 **Europäische Sozialpartnerschaft stärken**

119 Wie in Deutschland, so wollen wir auch auf europäischer Ebene, dass die
120 Gewerkschaften sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Möglichkeit zur Gestaltung
121 der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik aktiv wahrnehmen. Dafür werden wir
122 den sozialen Dialog im Rahmen des europäischen Sozialmodells stärken: gemeinsame
123 Abkommen der Sozialpartner sollen zügig in verbindliche Gesetzgebung überführt
124 werden. Europa braucht eine Wirtschaft im Dienste der Menschen. Deshalb muss den
125 sozialen Grundrechten der Europäischen Union endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen
126 Grundfreiheiten eingeräumt werden.

127 Zudem stellen wir klar: Das Streikrecht darf nicht untergraben werden, es gehört zu
128 einem starken Binnenmarkt dazu.

129 **Gute (Aus-)Bildung**

130 Gute Bildung ist Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben. Gute (Aus-)Bildung
131 darf nicht von der Herkunft, dem Geschlecht oder dem Geldbeutel und der sozialen Lage
132 der Eltern abhängen. Wir engagieren uns anknüpfend an die Initiativen des
133 Europäischen Bildungsraums 2025 deshalb für einen echten europäischen
134 Bildungsaufbruch. Wir wollen allen Kindern in der EU bis 2030 eine inklusive,
135 gleichberechtigte und hochwertige Grund- und Sekundarbildung garantieren.
136 Gleichzeitig fordern wir einen verbindlichen Qualitätsrahmen und eine angemessene
137 Finanzierung der Jugendgarantie, nach der allen jungen Menschen in der EU innerhalb
138 von vier Monaten nach Schulabschluss oder nachdem sie arbeitslos geworden sind ein
139 hochwertiges Angebot für einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine
140 Weiterbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum gemacht werden soll. Darüber hinaus ist
141 es uns wichtig, unbezahlte Praktika zu unterbinden. Wir wollen eine deutliche
142 Steigerung der Bildungsinvestitionen und setzen uns insbesondere für eine Stärkung
143 des Europäischen Solidaritätskorps und von ERASMUS+ ein. Unser Ziel ist es, dass jede
144 und jeder, der dies möchte, bis zu seinem 25. Lebensjahr mindestens eine durch
145 ERASMUS+ geförderte Lernerfahrung im Ausland machen kann. Weiterhin unterstützen wir
146 europäische und internationale Jugendverbände in ihrer politischen und kulturellen
147 Bildungsarbeit. Insbesondere grenzüberschreitende Projekte und Begegnungen tragen
148 aktiv zum Abbau von Vorurteilen bei und sorgen für ein Erfahrbarmachen eines
149 zusammenwachsenden Europas.

150 **2. Soziale Sicherheit gewährleisten**

151 Mehr als jede fünfte EU-Bürgerin bzw. jeder fünfter EU-Bürger ist von Armut und
152 sozialer Ausgrenzung bedroht. Armut spaltet den Kontinent und schwächt den
153 Zusammenhalt. Der Aufbau einer europäischen Sozialunion ist uns deshalb ein
154 wesentliches Anliegen. Das soziale Europa muss gestärkt und mit den ökonomischen
155 Grundfreiheiten in ein Gleichgewicht gebracht werden. Deshalb setzen wir uns für ein
156 soziales Fortschrittsprotokoll ein, das den europäischen Verträgen beigelegt wird.
157 Die Europäische Säule sozialer Rechte und die hieraus auf dem Sozialgipfel in Porto
158 2021 entwickelten Ziele bleiben für uns handlungsleitend für die nächste
159 Legislaturperiode. Starke soziale Sicherungssysteme unterstützen die Menschen im
160 Wandel und ermöglichen ein Leben in Würde. Dafür wollen wir die richtigen
161 Rahmenbedingungen setzen.

162 **Gemeinsame Standards für Grundsicherungssysteme**

163 Wir wollen, dass in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union solide Netze
164 sozialer Sicherheit bereitstehen. Deshalb setzen wir uns für eine Rahmenrichtlinie
165 zur Festlegung von Mindeststandards für die jeweiligen nationalen
166 Grundsicherungssysteme ein. Mindestsicherungsleistungen müssen eine angemessene,
167 armutsfeste Einkommensunterstützung sowie Unterstützungsleistungen zur (Wieder-
168)Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleisten. Damit schaffen wir die
169 Voraussetzung, dass unfreiwillige und armutsbedingte Migration innerhalb der
170 Europäischen Union reduziert wird.

171 **Schutz vor Kinderarmut**

172 Zum Schutz der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen sind zudem besondere
173 Anstrengungen nötig, wenn wir die in Porto vereinbarten Ziele erreichen wollen: bis
174 2030 in der EU fünf Millionen Kinder aus der Armut holen. Wir werden deshalb die
175 nationale Umsetzung der Europäischen Kindergarantie wirksam begleiten und ausreichend
176 EU-Mittel im Rahmen der Europäischen Sozialfonds dafür zur Verfügung stellen.
177 Außerdem müssen die Sozialfonds in der kommenden Förderperiode finanziell besser
178 ausgestattet werden. Das kommt auch unserer sozialdemokratischen Idee einer
179 Kindergrundsicherung zugute, vor allem für den Ausbau der Infrastruktur für Bildung
180 und Teilhabe.

181 **Einführung eines europäischen Behindertenausweises**

182 Mit der neuen Strategie für Menschen mit Behinderungen sollen Chancengleichheit sowie
183 der gleichberechtigte Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
184 Leben noch stärker gefördert werden. Wir setzen uns für einen europäischen
185 Behindertenausweis sowie die Verbesserung des Europäischen Parkausweises für Menschen
186 mit Behinderung ein, damit sie die Freizügigkeit nutzen können und ihre Rechte in
187 allen europäischen Mitgliedsstaaten anerkannt werden.

188 **Bezahlbarer Wohnraum, vor allem in den Städten**

189 Unser Ziel ist ein selbstverständlicher Zugang zu gutem, barrierefreiem und
190 bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen lebenswerte Innenstädte schaffen, mit einem
191 ausreichenden Angebot an bezahlbaren, langfristig vermieteten Wohnungen. Damit
192 stellen wir uns der voranschreitenden Verknappung und dadurch stark steigenden Mieten
193 entgegen. Die EU muss Investitionen in erschwinglichen, sozialen und
194 energieeffizienten Wohnraum stärker unterstützen und den Mitgliedsstaaten ausreichend
195 Spielraum einräumen, notwendige Investitionen in sozialen Wohnungsbau zu tätigen. Wir
196 brauchen zudem mehr europäische Flexibilität bei der Gewährung der staatlichen
197 Wohnraumförderung. Darüber hinaus wollen wir den europäischen Austausch der
198 nationalen Akteure weiter stärken. Mietwohnungen, nicht Ferienwohnungen, müssen der
199 Normalfall in den Städten sein. Deshalb stärken wir Kommunen den Rücken, die die
200 Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen beschränken und setzen uns dafür ein, den
201 Städten mit angespannten Wohnungsmärkten die Möglichkeit der Begrenzung von
202 Kurzzeitvermietungen zu geben. Es braucht europarechtliche Grundlagen, um den
203 schlimmsten Auswüchsen von Umwandlungen Einhalt zu gebieten und Mieterinnen und
204 Mieter in angespannten Wohnungsmärkten zu schützen. Auch den wachsenden Markt
205 möbliert vermieteter Wohnungen werden wir in den Blick nehmen, um zu verhindern, dass
206 Regelungen für bezahlbaren Wohnraum hierdurch unterlaufen werden. Wir wollen die

207 Möglichkeiten ausweiten, mit EU-Mitteln die Schaffung bezahlbaren Wohnraums,
208 insbesondere für junge Menschen, zu fördern.

209 **Wohnungslosigkeit in Deutschland und Europa überwinden**

210 Unser Ziel ist es, Wohnungslosigkeit in Deutschland und Europa bis 2030 zu
211 überwinden. Darum unterstützen wir die Europäische Plattform zur Bekämpfung von
212 Wohnungslosigkeit. Wir sind überzeugt, dass die Lösung der oft komplexen Probleme
213 obdachloser Personen mit einer eigenen Wohnung beginnen muss. Diesen Housing First-
214 Ansatz unterstützen wir und wollen ihn weiter ausbauen. Darüber hinaus setzt sich die
215 SPD dafür ein, dass dem Thema in der neuen Kommission ein noch größerer Stellenwert
216 eingeräumt wird.

217 **3. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung**

218 Jede und jeder in Europa soll einen sicheren Zugang zu den notwendigen Arzneimitteln
219 und neuesten Therapien zu erschwinglichen Preisen haben. Die Corona-Pandemie hat
220 gezeigt, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen unter den Mitgliedsstaaten sein kann.
221 Wir wollen deshalb eine europaweit vernetzte und patientenorientierte
222 Gesundheitsprävention und -versorgung. Dafür brauchen wir eine starke Europäische
223 Gesundheitsunion. Gemeinsam können wir Lieferengpässe bekämpfen, faire Preise für
224 Arzneimittel sicherstellen und den Pflegesektor stärken.

225 **Präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Lieferengpässen**

226 Lieferengpässe, vor allem bei kritischen Wirkstoffen oder Vakzinen, wollen wir
227 nachhaltig bekämpfen. Zu diesem Zweck setzen wir uns im Zuge der EU-
228 Pharmagesetzgebung dafür ein, auch präventive Mechanismen wie Monitoring,
229 Engpassmanagementpläne und Meldepflichten weiterzuentwickeln. Wir plädieren für ein
230 europäisches Instrument zur Überwachung und Erkennung von Arzneimittelengpässen und
231 zur Erhöhung der Transparenz bei der Medikamentenversorgung und -echtheit.

232 **Faire Preise für Arzneimittel**

233 Wir wollen mehr gemeinsame europäische Beschaffung von Arzneimitteln, um das beste
234 Preis-Leistungs-Verhältnis zu erzielen. Bei der Sicherstellung des Zugangs zu
235 medizinischen Innovationen für alle EU-Bürgerinnen und -bürger braucht es zudem ein
236 europaweites, faires System der Arzneimittelpreisgestaltung und Nutzenbewertung. Wir
237 plädieren hier für ein solidarisches System, das sich an den politischen, markt- und
238 volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Kaufkraft der europäischen
239 Partnerländer und ggf. weiterer Abnehmerländer orientiert.

240 **Eine gute und sichere Versorgung zu Hause und unterwegs**

241 Damit die grenzüberschreitende Behandlung von Patientinnen und Patienten in der
242 Europäischen Union gewährleistet ist, brauchen wir die europaweite Interoperabilität
243 von Gesundheitsdaten mit sicheren und einheitlichen Standards. Dabei werden wir
244 sicherstellen, dass Patientinnen und Patienten stets die Kontrolle über ihre
245 Gesundheitsdaten behalten. Perspektivisch wollen wir den Zugang zur Behandlung und
246 die freie Arztwahl bei kurzfristigen Aufenthalten im EU-Ausland, sei es als Touristin
247 bzw. Tourist oder als Saisonarbeiterin bzw. Saisonarbeiter, weiter erleichtern und
248 eine einfache und schnelle digitale Abrechnung der Behandlung im EU-Ausland
249 effektiver nutzen.

250 **Weitere Stärkung der Pflege**

251 Mit der Europäischen Pflegestrategie haben wir die Themen Pflege und Betreuung in den
252 Fokus gerückt und zusammengedacht. Wir wollen die Strategie nun konsequent umsetzen,
253 insbesondere durch mehr staatliche Investitionen in den Pflegesektor und die
254 Einführung von verbindlichen europäischen Regelungen. Dafür wollen wir informelle in
255 formelle Arbeit überführen und reguläre und gute Arbeitsbedingungen sowie die
256 Bekämpfung prekärer Arbeitsbedingungen, insbesondere von Frauen in privaten
257 Haushalten, sicherstellen.

258 **Mehr Anreize für Innovation und verstärkter Kampf gegen Resistenzen**

259 Wir wollen neue Anreize für die Forschung und die Entwicklung dringend benötigter
260 neuartiger Antibiotika schaffen. Zugleich wollen wir eine stärkere Beaufsichtigung
261 der Antibiotikanutzung, um auf die zunehmend grenzüberschreitende
262 Gesundheitsbedrohung der wachsenden Resistenz zu antworten. Wir werden uns zudem
263 dafür einsetzen, dass die chronischen Folgen von Infektionen zu einer Priorität
264 erklärt werden – Menschen, die zum Beispiel an Long Covid, Post Vac und ME/CFS
265 erkrankt sind, benötigen dringend zugelassene Medikamente und verdienen unsere
266 Solidarität. Im Rahmen des europäischen Forschungsprogramms werden wir uns weiterhin
267 dafür einsetzen, dass die geschlechtsspezifische medizinische Forschung
268 vorangetrieben und die Therapieentwicklung im Bereich der Autoimmunkrankheiten
269 ausgebaut wird.

270 **4. Für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft sorgen**

271 Ein Europa des Respekts ist ein diskriminierungsfreies Europa, denn
272 diskriminierungsfreie Gesellschaften sind glücklicher, gesünder, resilienter,
273 wohlhabender, sicherer und vor allem gerechter. Trotzdem müssen wir zunehmend
274 erleben, wie in einigen Mitgliedsstaaten versucht wird, die Rechte von Frauen und
275 LGBTIQ+-Personen zu unterlaufen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Homophobie,
276 Rassismus und Antisemitismus sind Gift für ein gutes und friedliches Zusammenleben.
277 Diese menschenfeindlichen, wie antidemokratischen Tendenzen sind innerhalb der EU und
278 weltweit sichtbar. Wir werden nicht akzeptieren und zulassen, dass konservative und
279 rechte Regierungen unsere erkämpften Rechte infrage stellen und angreifen.
280 Frauenrechte, die Rechte von People of Color wie auch die Rechte von LGBTIQ+-Personen
281 sind Menschenrechte. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten vieles erreicht
282 in Deutschland und in Europa – aber noch lange nicht alles.

283 **EU-Charta der Frauenrechte erarbeiten**

284 Wir fordern eine EU-Charta der Frauenrechte. Wir brauchen einen Katalog zu
285 schützender Grundrechte, absoluter Mindeststandards, wie z. B. den universellen
286 Zugang zu Verhütung, sexueller und reproduktiver Gesundheit, und Rechte,
287 einschließlich sicherer und legaler Schwangerschaftsabbrüche sowie Sexual- und
288 Beziehungserziehung. Ziel muss sein: Rechte zu schützen, auszubauen und
289 festzuschreiben. Das Recht auf sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch soll
290 zudem auch in der EU-Grundrechtecharta verankert werden.

291 **Europäische Gleichstellungstrategien erneuern**

292 Die europäische Gleichstellungsstrategie muss weiterhin effektiv umgesetzt werden,
293 insbesondere in Form qualitativer und quantitativer Maßnahmen, die die
294 Erwerbsbeteiligung von Frauen stärken. Auch die LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie, die
295 es nun erstmals von 2020 bis 2025 gibt, muss konsequent umgesetzt und stetig

296 weiterentwickelt werden. Beide Strategien sollten, unter Berücksichtigung bisheriger
297 Erfahrungen und mit einem eigenen Budget ausgestattet, für die Zeit von 2025 bis 2030
298 erneuert werden.

299 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen schafft soziale Gerechtigkeit**

300 Wir wollen die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Beschäftigung, Bezahlung und
301 sozialer Sicherung schließen, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu
302 stärken. Vor allem brauchen wir hochwertige Arbeitsplätze sowie faire Löhne und
303 Renten. Wir sind stolz, dass wir die europäische Richtlinie zur Lohntransparenz
304 durchbringen konnten und damit mehr Frauen ihren gerechten Lohn erhalten. Es besteht
305 aber noch Umsetzungsbedarf, insbesondere beim deutschen Entgelttransparenzgesetz.
306 Auch die angenommene Mindestlohnrichtlinie wird dafür sorgen, dass gerade Frauen, die
307 häufig im Niedriglohnsektor arbeiten, besser vor Armut geschützt werden. Wir wollen
308 den Gender Gap auch bei Pflege und Betreuung schließen. Noch immer ist Sorgearbeit
309 Frauensache, dies darf nicht so bleiben. Wir streben daher das Modell „Equal Carer –
310 Equal Earner“ an, also ein gleichstellungsorientiertes Erwerbs- und Sorgemodell.

311 **Mehr Frauen in Führungspositionen bringen**

312 Wir stärken Frauen in der Wirtschaft, insbesondere als Gründerinnen von Unternehmen
313 und Start-ups. Wir sorgen dafür, dass Frauen gerechter in Entscheidungsprozessen in
314 der Politik sowie in Unternehmen vertreten sind. Quoten und Reißverschlusslisten,
315 aber auch eine bessere geschlechtersensible politische Kultur und Unternehmenskultur
316 sind hier geeignete Maßnahmen. Die EU-Führungspositionen-Richtlinie (2022) ist ein
317 Meilenstein für die Gleichstellung in Europa. Sie stärkt Frauen in Aufsichtsräten und
318 ebnet ihnen den Weg in die Führungsetagen börsennotierter Unternehmen. Wir planen in
319 einem nächsten Schritt, die Vorstände aller in der Europäischen Union ansässigen
320 Unternehmen in den Blick zu nehmen.

321 **Steuerliche Gleichstellung**

322 Frauen konsumieren anders und sie haben niedrigere Einkommen – tragen aber eine
323 höhere Mehrwertsteuerlast. Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerbelastung endlich
324 gerechter verteilt wird. Das reicht von reduzierten Steuersätzen in der EU auf
325 weibliche Hygieneartikel bis zur Abschaffung des Mehrpreises auf Produkte und
326 Dienstleistungen für Frauen (Pink Tax). Das heißt, wir sorgen dafür, dass
327 gleichwertige Produkte und Dienstleistungen für Männer und Frauen gleich viel kosten.

328 **Gewalt gegen Frauen gemeinsam bekämpfen und verhindern**

329 Um männliche Gewalt gegen Frauen zu beenden, müssen wir schädliche Normen, Strukturen
330 und Stereotype ansprechen, analysieren und auflösen, Sexualaufklärung in Schulen
331 vorantreiben und europaweite Gewaltprävention durch gendersensible Bildungsprogramme
332 für Jungen und Mädchen anbieten. Nur ein gesamtgesellschaftliches Umdenken und eine
333 Verankerung moderner Rollenbilder werden die gleichberechtigte Wahrnehmung von Frauen
334 in allen Bereichen der Gesellschaft vorantreiben und damit auch Gewalt beenden.

335 Die Annahme der Istanbul-Konvention ist ein starkes Signal der EU, dass gemeinsame
336 Werte nicht verhandelbar sind – Frauenrechte eingeschlossen. Es muss in allen
337 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union selbstverständlich sein, konsequent gegen
338 geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen. Die Istanbul-Konvention muss daher in allen
339 Mitgliedsstaaten der EU ratifiziert und die Vorgaben müssen in nationales Recht
340 übertragen werden.

341 Auch die Richtlinie zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt ist ein
342 wichtiger Schritt, um europaweite Mindeststandards beim Schutz der Frauen
343 festzulegen. Wir wollen darüber hinaus gehen und setzen uns dafür ein, dass
344 geschlechtsspezifische Gewalt als europaweiter Straftatbestand anerkannt wird, um
345 damit in Zukunft noch umfangreicher alle Formen der Gewalt gegen Frauen bekämpfen zu
346 können.

347 **Vor Menschenhandel und Ausbeutung schützen**

348 Wir wollen den gemeinschaftlichen Kampf Europas gegen Menschenhandel fortsetzen und
349 die bestehende Gesetzeslage auf die neuesten Herausforderungen in diesem Bereich
350 zuschneiden. Ein Hauptziel muss sein, die Frauen zu schützen, die mit dem Ziel der
351 sexuellen Ausbeutung in der EU und in die EU verschleppt werden.

352 **Gleichstellung und Parität auch in den europäischen Institutionen**

353 Wir streben Geschlechterparität in der neuen EU-Kommission an und werden dafür
354 sorgen, dass erneut eine Kommissarin ausdrücklich für das Thema Gleichstellung
355 zuständig ist – Gleichstellung von Frauen und Männern, für Antidiskriminierung und
356 LGBTQI+-Rechte. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Europäische
357 Gleichstellungsinstitut EIGE weiter zu stärken. Der EU-Haushalt soll mit dem
358 Instrument des Gender Budgeting geschlechtergerecht aufgestellt werden.

359 **Rechte von queeren Menschen schützen**

360 Die Europäische Union garantiert die Freiheit von queeren Menschen. So hat es das
361 Europäische Parlament mit der Unterstützung der Sozialdemokratie ausdrücklich
362 beschlossen. Die Erklärung und Unterstützung der „LGBTIQ+ Freedom Zone“ folgt dabei
363 einer Besorgnis, dass erreichte Schritte der Freiheit von queeren Menschen akut
364 gefährdet sind. Wir stellen uns hier jedweden Diskriminierungen und Anfeindungen in
365 den Weg. Wir fordern die EU-Kommission als Hüterin der Verträge auf, hart auf das
366 LGBTQI+-feindliche Vorgehen einzelner Mitgliedsstaaten zu reagieren. Sie sind mit dem
367 Wertekanon der Europäischen Union unvereinbar. Sie müssen gestoppt und rückgängig
368 gemacht werden. Zudem fordern wir, dass europäische Regenbogenfamilien nicht in ihrer
369 Freizügigkeit gehindert und eingetragene Lebenspartnerschaften und
370 gleichgeschlechtliche Ehen in der ganzen EU anerkannt werden.

371 **5. Sicherheit und Freiheit schützen**

372 Respekt heißt auch, ohne Angst vor Kriminalität zu leben und ohne Angst verschieden
373 sein zu dürfen. Alle Europäerinnen und Europäer sollen sich in der EU sicher fühlen
374 und die Freiheit haben, sich unabhängig zu informieren und sich eine eigene Meinung
375 zu bilden. Wir wollen dafür die Unabhängigkeit von Medien schützen und effektiver
376 gegen Desinformation vorgehen. Kriminalität findet oft grenzüberschreitend statt,
377 deswegen müssen unsere nationalen Polizei- und Sicherheitsbehörden noch besser
378 kooperieren. Wir wollen auf europäischer Ebene Regeln setzen, um den europäischen
379 Verbraucherschutz im gemeinsamen Binnenmarkt zu stärken. Angesichts einer Zunahme von
380 Klimawandel bedingten Katastrophen, zusätzlich zu anderen Notfällen, wollen wir zudem
381 den Bevölkerungsschutz verbessern, indem wir noch enger mit unseren europäischen
382 Partnern zusammenarbeiten und, wo sinnvoll, zentral steuern.

383 **Freiheit der Medien sicherstellen**

384 Medienfreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundrechte europäischer

385 Bürgerinnen und Bürger. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie in Europa Druck
386 auf die Medien ausgeübt wurde und europäische Werte verletzt wurden. Darum ist es
387 höchste Zeit, die Unabhängigkeit der Medien in allen Mitgliedsstaaten zu stärken und
388 den staatlichen Einfluss zurückzudrängen, wo er missbraucht wird. Regierungen dürfen
389 keinen Einfluss auf die Berichterstattung öffentlich-rechtlicher wie privater Medien
390 haben oder Druck auf Journalistinnen und Journalisten ausüben. Dafür entwickeln wir
391 gemeinschaftliche Instrumente zum Schutz der Unabhängigkeit der Medien weiter und
392 stellen sicher, dass Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen
393 überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
394 besonders unter Druck stehen. Dafür streben wir einen Sonderfonds für Demokratie und
395 Rechtsstaatlichkeit an.

396 **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden stärken**

397 Wir wollen eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizeien und
398 Sicherheitsbehörden in der Europäischen Union. Dazu gehört insbesondere auch die
399 Stärkung von Europol bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten. Die Zusammenarbeit
400 soll sich vor allem auf die Bekämpfung der Wirtschafts- und Cyberkriminalität
401 konzentrieren. Zudem soll sie den Waffen-, Drogen- und Menschenhandel in den Fokus
402 nehmen, wobei sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Gewalt gegen Frauen Schwerpunkte
403 sein sollen. Zudem bleibt es dabei, dass wir extremistischen oder terroristischen
404 Gewalttaten nur gemeinsam als Europäische Union begegnen können. Damit die
405 grenzüberschreitende Arbeit noch besser klappt, setzen wir uns für eine
406 kontinuierliche Aus- und Weiterbildung mit gleichen Standards, z. B. mit Hilfe der
407 EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung ein. Auch
408 die justizielle Zusammenarbeit auf EU-Ebene wollen wir stärken. Das gilt für die
409 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
410 (Eurojust), wie auch für den Ausbau gemeinsamer Kanäle für den sicheren
411 Datenaustausch. Weiteres Augenmerk gilt der Geldwäschebekämpfung mit der geplanten
412 Anti-Geldwäsche-Agentur AMLA. Bezüglich der geplanten europäischen Anti-Geldwäsche-
413 Agentur AMLA setzen wir uns für den Standort Frankfurt ein.

414 **Stärkung der Europäischen Staatsanwaltschaft**

415 Mit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) ist eine wichtige Behörde im Kampf
416 gegen (Steuer-)Betrug, Korruption und Geldwäsche entstanden. Wir streben an, dass
417 neben den aktuell 22 Mitgliedsstaaten schnell alle EU-Staaten der Behörde beitreten.
418 Wir wollen die Arbeit der EUSTa weiter stärken, indem wir ausreichende finanzielle
419 und personelle Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Wir wollen für eine
420 bessere Koordinierung der nationalen Strafverfolgungsbehörden untereinander sorgen,
421 wie auch im Zusammenspiel mit Europäischen Agenturen wie Europol, Eurojust und der
422 EUSTa.

423 **Sicherstellung von Vermögenswerten erleichtern**

424 Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass auch bei der Aufklärung von
425 Kriegsverbrechen, bei der Ahndung von nicht eingehaltenen EU-Sanktionen oder bei der
426 Einziehung und Sicherstellung von Vermögenswerten von Oligarchen oder Mitgliedern der
427 organisierten Kriminalität eine verstärkte europäische Zusammenarbeit unerlässlich
428 ist.

429 **Europäischen Bevölkerungsschutz ausbauen und Krisenkompetenzen stärken**

430 Angesichts von multiplen Krisen und Großschadensereignissen, setzen wir uns für eine
431 europäische Resilienzstrategie ein. Umfasst werden sollen verschiedene Arten von
432 Herausforderungen, einschließlich Naturkatastrophen, Terroranschlägen, Pandemien und
433 andere Notfälle. Das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) wollen
434 wir weiter stärken und besser an die Bevölkerungsschutz-Strukturen der
435 Mitgliedsstaaten anbinden. Es darf in der Europäischen Union nicht zu Engpässen in
436 der Versorgung mit kritischen Gütern kommen. Bei der Ausübung von Krisenkompetenzen
437 muss die Kommission einer echten parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Ohne eine
438 aktive Zustimmung des Europäischen Parlaments darf sie keine Notzuständigkeiten
439 ausüben.

440 **Europäischen Verbraucherschutz stärken**

441 Die Abschaffung der Roaming-Gebühren, einheitliche Ladekabel und hohe Standards für
442 Verbraucher- und Umweltschutz sind nur einige Beispiele, die Ausdruck für die Macht
443 von 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern in Europa sind. Als Bürgerinnen
444 und Bürger müssen wir in der Lage sein, fundierte Entscheidungen zu treffen, um aktiv
445 zur Bewältigung des Klimawandels beitragen zu können und ein faires Miteinander zu
446 gewährleisten. Deswegen wollen wir die Manipulationsmöglichkeiten im Internet
447 begrenzen, mit denen Verbraucherinnen und Verbraucher viel zu oft zu Entscheidungen
448 verleitet werden, die sie anschließend bereuen (Dark Patterns). Auch
449 Investitionsentscheidungen werden oft über falsche Anreize durch Vermittlungen
450 fehlgeleitet. Daher setzen wir uns für ein Provisionsverbot für die Vermittlung von
451 Finanzdienstleistungen ein.

452 Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen handlungsfähige
453 Marktaufsichtsbehörden und eine Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den
454 Verbraucherschutz an die erste Stelle setzen. Denn den Verbraucherinnen und
455 Verbrauchern darf nicht die alleinige Verantwortung für die Durchsetzung von
456 Marktregeln auferlegt werden. Deshalb müssen insbesondere Online-Marktplätze stärker
457 in die Verantwortung genommen werden, eigene Prüfpflichten bekommen und für
458 Fahrlässigkeit in die Haftung genommen werden. Wir wollen dynamische Preissetzungen
459 von Monopolunternehmen als unlautere Geschäftspraxis konsequent untersagen.

460 **Entkriminalisierung von Cannabis**

461 Wir sind davon überzeugt, dass eine lizenzierte und kontrollierte Abgabe von Cannabis
462 hilft, den illegalen Drogenhandel zurückzudrängen und gesundheitliche Risiken zu
463 minimieren. Wir wollen einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Entkriminalisierung
464 von Cannabis auf europäischer Ebene schaffen. Dabei haben für uns der Gesundheits-
465 und Jugendschutz höchste Priorität.

Antrag : V. Schluss

1 In Zeiten, in denen Europa erneut durch Nationalistinnen und Nationalisten sowie
2 Rechtspopulistinnen und -populisten bedroht wird, in Zeiten des Krieges auf dem
3 europäischen Kontinent, im Angesicht sozialer und wirtschaftlicher Schieflagen und
4 vom zunehmend spürbaren Klimawandel braucht es neue Impulse, um den Zusammenhalt der
5 Europäischen Union zu stärken. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir
6 in der Gewissheit vereint, dass wir als Europäerinnen und Europäer nur gemeinsam eine

7 bessere Zukunft gestalten können. Dass wir als Europäerinnen und Europäer dazu in der
8 Lage sind, haben wir in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt. Aber es gibt noch
9 viel Luft nach oben.

10 Für uns existiert kein Entweder-oder. Der notwendige Umbau unserer Wirtschaft, gute
11 Arbeitsplätze der Zukunft, der Schutz des Klimas und die Unterstützung für die vielen
12 – die SPD bringt das zusammen. Wir gestalten den Fortschritt, damit es gerecht
13 zugeht.

14 Unser Europa ist sozial und ökologisch nachhaltig. Unser Europa ist gerecht, auch in
15 seiner Außenwirkung. Unser Europa ist stark und handlungsfähig. Für eine bessere
16 Zukunft und für unsere gemeinsame Sicherheit in allen Lebensbereichen. Unser Europa
17 ist ein starkes Europa, weil es zusammenhält und weil es das Leben der Menschen
18 besser macht.